

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Wert- statt Geldmangel: AfD triumphiert im Osten dort, wo es an Toleranz und Vertrauen in die Politik fehlt

Felix Rösel und Lasare Samartzidis

Schrumpfung von EU-Mitteln nach 2020: Herausforderungen für die sächsische Förderpolitik

David Bauer und Joachim Ragnitz

Das neue ifo Geschäftsklima Ostdeutschland und Sachsen: Hintergründe und Anpassungen

Stefan Sauer, Michael Weber und Klaus Wohlrabe

IM BLICKPUNKT

Sachsens Außenhandel ist wichtig, aber wenig diversifiziert

Niels Gillmann, Jannik A. Nauerth und Michael Weber

DATEN UND PROGNOSEN

Vierteljährliche VGR für Sachsen

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Für ein Viertel der älteren Beschäftigten in Sachsen könnte bald der Nachwuchs fehlen

David Bauer, Julia Sonnenburg und Michael Weber



ifo Dresden berichtet

ISSN 0945-5922

25. Jahrgang (2018)

Herausgeber: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden

Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 Euro

Preis des Einzelheftes: 5,00 Euro

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars

Im Internet:

<http://www.ifo-dresden.de>



Die Niederlassung Dresden des ifo Instituts wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE
Für ein Viertel der älteren Beschäftigten in Sachsen könnte bald der Nachwuchs fehlen 3
David Bauer, Julia Sonnenburg und Michael Weber

In Sachsen könnte bis zum Jahr 2030 für jeden vierten älteren Beschäftigten passend ausgebildeter Nachwuchs fehlen. Dies ergeben Berechnungen des ifo Instituts für das Sächsische Staatsministerium der Finanzen. Demnach dürften Akademikerstellen schwieriger nachzubesetzen sein als Stellen, die eine Berufsausbildung erfordern. Nachwuchssorgen sind insbesondere in Sicherheits-, Lehr- und Verwaltungsberufen zu erwarten. Dadurch ist der öffentliche Dienst von den Nachbesetzungsschwierigkeiten besonders betroffen. Die Herausforderungen ließen sich abmildern, wenn Aus- und Weiterbildungsaktivitäten stärker am künftigen Nachbesetzungsbedarf ausgerichtet werden. Die Digitalisierung dürfte dagegen nur wenig helfen, die Situation insbesondere in „Mangelberufen“ zu entspannen.

Wert- statt Geldmangel: AfD triumphiert im Osten dort, wo es an Toleranz und Vertrauen in die Politik fehlt 9
Felix Rösel und Lasare Samartzidis

Die AfD war bei der Bundestagswahl in Ostdeutschland etwa doppelt so erfolgreich wie in Westdeutschland. Beobachter machten dafür bisher vor allem wirtschaftliche Faktoren verantwortlich. Wir können dagegen zeigen, dass nicht das ökonomische Ungerechtigkeitsgefühl, sondern die Ablehnung von gesellschaftlicher Vielfalt und staatlichen Institutionen in Ostdeutschland mit höheren AfD-Stimmanteilen einhergeht. Will die Politik populistischen Tendenzen begegnen, muss sie in Toleranz und Vertrauen investieren. Mehr Geld in Beton und Asphalt geht am Problem vorbei.

Schrumpfung von EU-Mitteln nach 2020: Herausforderungen für die sächsische Förderpolitik 14
David Bauer und Joachim Ragnitz

Der Freistaat Sachsen hat in der Vergangenheit erheblich von Fördermitteln des Bundes und der Europäischen Union profitieren können. Diese dürften in den kommenden Jahren aber deutlich zurückgehen. In diesem Beitrag erarbeiten wir für den Freistaat Sachsen auf Basis einer Abschätzung zur künftigen Fördermittelausstattung aus den ESI-Fonds und einer SWOT-Analyse Handlungsstrategien zur Priorisierung politischer Ausgabenfelder. Im Ergebnis sollte die künftige sächsische Förderpolitik insbesondere die Stärken und Chancen der sächsischen Wirtschaft in den Fokus nehmen. Besonders bedeutsam dürften demnach Ausgaben für Bildung, Forschung, Innovation und Infrastrukturinvestitionen sein.

Das neue ifo Geschäftsklima Ostdeutschland und Sachsen: Hintergründe und Anpassungen 20
Stefan Sauer, Michael Weber und Klaus Wohlrabe

Zum April 2018 modernisierte das ifo Institut die Berechnungsregeln für sein vielbeachtetes Geschäftsklima. Damit trägt es der gestiegenen Bedeutung des Dienstleistungssektors Rechnung. Zudem wurden das Aggregationsverfahren geringfügig vereinfacht und das Basisjahr für die Indexberechnung von 2005 auf 2015 umgestellt. Diese Änderungen haben auch Auswirkungen auf die ifo Geschäftsklimaindizes für Ostdeutschland und Sachsen, ihre Teilindizes sowie die Vergleichbarkeit zu den Indizes für Deutschland insgesamt. Die grundlegenden konjunkturellen Aussagen bleiben indes unverändert.

IM BLICKPUNKT

Sachsens Außenhandel ist wichtig, aber wenig diversifiziert	25
<i>Niels Gillmann, Jannik A. Nauerth und Michael Weber</i>	

Die sächsischen Exporte konzentrieren sich auf wenige Absatzmärkte. Besonders deutlich zeigt sich dies im Kraftfahrzeugbau, weniger ausgeprägt auch im Maschinenbau und in der Elektrotechnik. Diese Fokussierung auf wenige Handelspartner bringt gewisse Risiken mit sich, welche durch weitere Diversifizierung reduziert werden könnten.

DATEN UND PROGNOSEN

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das vierte Quartal 2017	28
<i>Wolfgang Nierhaus</i>	

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen: Außenhandel dämpft den Optimismus	30
<i>Michael Weber</i>	

AUS DER ifo WERKSTATT

ifo Veranstaltungen	33
ifo Veröffentlichungen	34
ifo Vorträge	35
ifo intern	35

David Bauer, Julia Sonnenburg und Michael Weber*

Für ein Viertel der älteren Beschäftigten in Sachsen könnte bald der Nachwuchs fehlen

In Sachsen könnte bis zum Jahr 2030 für jeden vierten älteren Beschäftigten passend ausgebildeter Nachwuchs fehlen. Dies ergeben Berechnungen des ifo Instituts für das Sächsische Staatsministerium der Finanzen. Demnach dürften Akademikerstellen schwieriger nachzubeseetzen sein als Stellen, die eine Berufsausbildung erfordern. Nachwuchssorgen sind insbesondere in Sicherheits-, Lehr- und Verwaltungsberufen zu erwarten. Dadurch ist der öffentliche Dienst von den Nachbesetzungsschwierigkeiten besonders betroffen. Die Herausforderungen ließen sich abmildern, wenn Aus- und Weiterbildungsaktivitäten stärker am künftigen Nachbesetzungsbedarf ausgerichtet werden. Die Digitalisierung dürfte dagegen nur wenig helfen, die Situation insbesondere in „Mangelberufen“ zu entspannen.

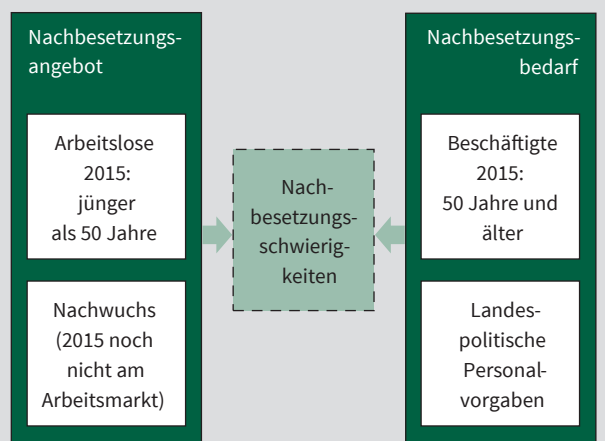
Dem sächsischen Arbeitsmarkt drohen Nachwuchssorgen. Mehr als ein Drittel der rd. 1,6 Mill. Beschäftigten dürfte bis zum Jahr 2030 in den Ruhestand gehen. Ihnen folgen zwar etwa ebenso viele jüngere Erwerbspersonen in den Arbeitsmarkt nach. Es ist jedoch fraglich, ob deren Qualifikationsprofile den Anforderungen der freiwerdenden Stellen entsprechen werden. Zuletzt entschieden sich viele Jüngere eher für Berufe im Gesundheitswesen oder der Industrie; die Älteren werden aber verstärkt aus Verwaltungs- und Logistikberufen ausscheiden.

Vor diesem Hintergrund hat das Sächsische Staatsministerium der Finanzen (SMF) die Dresdner Niederlassung des ifo Instituts beauftragt, die zu erwartenden Nachbesetzungsschwierigkeiten am sächsischen Arbeitsmarkt bis 2030 genauer zu analysieren. Ziel ist nicht eine exakte Projektion der zukünftigen Fachkräfte- oder Arbeitsmarktsituation in Sachsen im Jahr 2030, sondern das Aufzeigen von Problemlagen, die entstehen, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht rechtzeitig auf die altersbedingten Austritte der Beschäftigten reagieren. Damit verbunden ist die Hoffnung, dass diese Problemlagen rechtzeitig angegangen werden, sodass sie sich nicht oder zumindest nicht in der dargestellten Intensität realisieren. Ein besonderes Augenmerk gilt erstmals dem Vergleich der spezifischen Nachbesetzungsschwierigkeiten von öffentlichem Dienst und privaten Arbeitgebern. Insofern hebt sich diese Untersuchung von anderen Studien zu diesem Thema ab (z. B. Detemple et al. 2017; IHK Leipzig 2017; Vogler-Ludwig et al. 2016; Zika und Maier 2015). Zum öffentlichen Dienst zählen hier die Arbeitnehmer und Beamten des Landes, der Kommunen und der Sozialversicherungsträger. Innerhalb des öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft werden die Nachbesetzungsschwierigkeiten nach Bildungsabschlüssen, Berufen und Wirtschaftszweigen ermittelt. In diesem Artikel fassen wir wesentliche Ergebnisse der Untersuchung zusammen. Eine ausführliche Darstellung mit vielen weiteren Ergebnissen bieten Bauer et al. (2018).

Infobox: Modellierung der altersbedingten Nachbesetzungsschwierigkeiten bis zum Jahr 2030

Für die Bestimmung der altersbedingten Nachbesetzungsschwierigkeiten arbeiten wir mit einem komplexen Arbeitsmarktmodell, dessen Grundzüge sich anhand der schematischen Darstellung in Abbildung 1 nachvollziehen lassen.

Abb. 1
Bestimmung der Nachbesetzungsschwierigkeiten (vereinfachte Darstellung)



Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Ausgangspunkt unserer Berechnungen ist der Nachbesetzungsbedarf. Dieser umfasst die altersbedingten Austritte der Beschäftigten aus dem Arbeitsmarkt sowie die vom Sächsischen Landtag (2017) beschlossenen landespoli-

* David Bauer und Julia Sonnenburg sind Doktoranden und Dr. Michael Weber ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.

tischen Personalvorgaben. Bis zum Jahr 2030 werden jene Beschäftigten in den Ruhestand treten, die im Jahr 2015 bereits mindestens 50 Jahre alt waren. Wir orientieren uns am Jahr 2015, da in diesem Jahr die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital in Deutschland weder besonders über- noch unterausgelastet waren (vgl. Wollmershäuser et al. 2017). Der Nachbesetzungsbedarf unterscheidet sich somit von der gesamten Nachfrage nach jüngeren Fachkräften, da letztere zusätzlich durch Kapazitätsausweitungen oder den technologischen Wandel bestimmt wird.

Dem Nachbesetzungsbedarf steht das Nachbesetzungsangebot gegenüber. Dieses setzt sich zusammen aus den „jüngeren“ Arbeitslosen des Jahres 2015 sowie den neu in den Arbeitsmarkt eintretenden Kohorten. Zu den „jüngeren“ Arbeitslosen zählen wir alle, die im Jahr 2015 jünger als 50 Jahre alt waren und demnach im Jahr 2030 das angenommene Renteneintrittsalter von 65 Jahren noch nicht erreicht haben. Dort, wo der Nachbesetzungsbedarf das entsprechend ausgebildete Nachbesetzungsangebot übersteigt, ist mit besonderen Nachbesetzungsschwierigkeiten zu rechnen.

Die Berechnungen beruhen auf detaillierten Sonderauswertungen der Beschäftigungsstatistik, der Arbeitslosenstatistik sowie der Personalstandstatistik für den Freistaat Sachsen (Berichtsjahr 2015). Die Daten geben Auskunft über die Zahl der Beschäftigten und Arbeitslosen nach Altersgruppen, Bildungsabschlüssen und Berufen, wobei die einzelnen Merkmale miteinander kombiniert sind. Zudem können wir – anders als bisherige Studien – anhand unserer Daten Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst von Arbeitnehmern in der Privatwirtschaft unterscheiden. Für die Eintritte jüngerer Kohorten in den Arbeitsmarkt kombinieren wir die 6. regionalisierte Bevölkerungsvorberechnung für den Freistaat Sachsen mit den Strukturen der Beschäftigungs- und Arbeitslosenstatistiken.

ÖFFENTLICHER DIENST HAT GRÖßERE NACHBESETZUNGSSCHWIERIGKEITEN

Wir ermitteln die zukünftigen, altersbedingten Nachbesetzungsschwierigkeiten für die verschiedenen Teilbereiche des sächsischen Arbeitsmarktes, indem wir Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage ausgehend vom Jahr 2015 bis zum Jahr 2030 fortschreiben (vgl. Infobox). Insgesamt waren im Jahr 2015 rd. 1,6 Mill. Personen in Sachsen beschäftigt. Davon waren 193 000 als Arbeitnehmer oder Beamte im öffentlichen Dienst angestellt. Knapp die Hälfte von ihnen war im Jahr 2015 bereits 50 Jahre oder älter und wird demzufolge bis 2030 altersbedingt aus dem Erwerbsleben ausscheiden. In der Privatwirtschaft betrifft dies hingegen nur rund ein Drittel der Beschäftigten (vgl. Abb. 2).

Unter Berücksichtigung der landespolitischen Personalvorgaben beläuft sich der gesamte Nachbesetzungsbedarf in Sachsen bis zum Jahr 2030 auf rd. 556 000 Stellen.¹ Diesem Bedarf stehen schätzungsweise insgesamt rd. 443 000 Eintritte junger Erwerbstätiger in den Arbeitsmarkt

gegenüber sowie ca. 100 000 Arbeitslose des Jahres 2015, die erst nach dem Jahr 2030 das angenommene Renteneintrittsalter von 65 Jahren erreichen. Rechnerisch könnte dieses Nachbesetzungsangebot bei Ausschöpfung aller Ressourcen (und unter Berücksichtigung der Modellierungsunsicherheit) also gerade ausreichen, um den gesamten Ersatzbedarf zu decken. Tatsächlich dürften aber Ungleichgewichte hinsichtlich Bildungsabschlüssen und Berufen zwischen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage dazu führen, dass nicht jede altersbedingt freiwerdende Stelle bildungs- und berufsadäquat nachbesetzt werden kann. Nach unseren Berechnungen betrifft dies knapp 137 000 der 556 000 freiwerdenden Stellen – dies entspricht einer „Fehlquote“ (FQ) von knapp 25 % (vgl. Abb. 3). Von den heute besetzten Stellen bliebe demnach im Jahr 2030 jede 12. Stelle mangels geeigneten Nachwuchses frei.

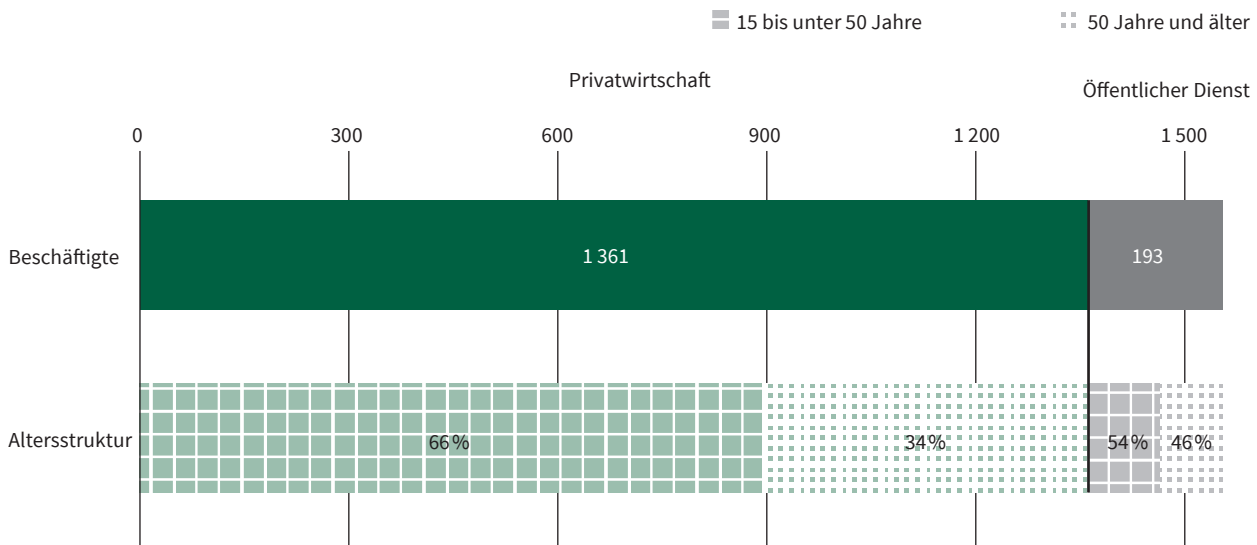
Besonders betroffen wäre der öffentliche Dienst, wo gut jede dritte freiwerdende Stelle nicht nachbesetzt werden kann. Um das Beschäftigungsniveau von 2015 aufrecht zu erhalten sowie die landespolitischen Personalvorgaben zu erfüllen, müssten Land, Kommunen und Sozialversicherungsträger in Sachsen bis 2030 insgesamt rd. 91 000 Stellen nach- bzw. neu besetzen. Tatsächlich könnten unter den Annahmen unserer Berechnungen aber nur knapp 57 000 Stellen nachbesetzt werden. Im Zusammenspiel mit dem hohen Nachbesetzungsbedarf im öffentlichen Dienst bedeutet dies, dass etwa jede sechste gegenwärtig besetzte Stelle im Jahr 2030 vakant ist.

Im Vergleich dazu kommen die privaten Arbeitgeber noch recht glimpflich davon. Sie dürften von insgesamt 465 000 altersbedingt freiwerdenden Stellen „nur“ gut jede fünfte Stelle, insgesamt 103 000 Arbeitsplätze, nicht nachbesetzen können. Die unterschiedlich hohen Nachbesetzungsschwierigkeiten von öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft resultieren aus den unterschiedlichen Anforderungsprofilen der nachzubesetzenden Stellen. Um die Relevanz dieser Ursachen besser verstehen zu können, untersuchen wir im Folgenden die Nachbesetzungsschwierigkeiten separat nach Bildungsabschlüssen und Berufen.

AM MEISTEN FEHLT ES AN AKADEMIKERN

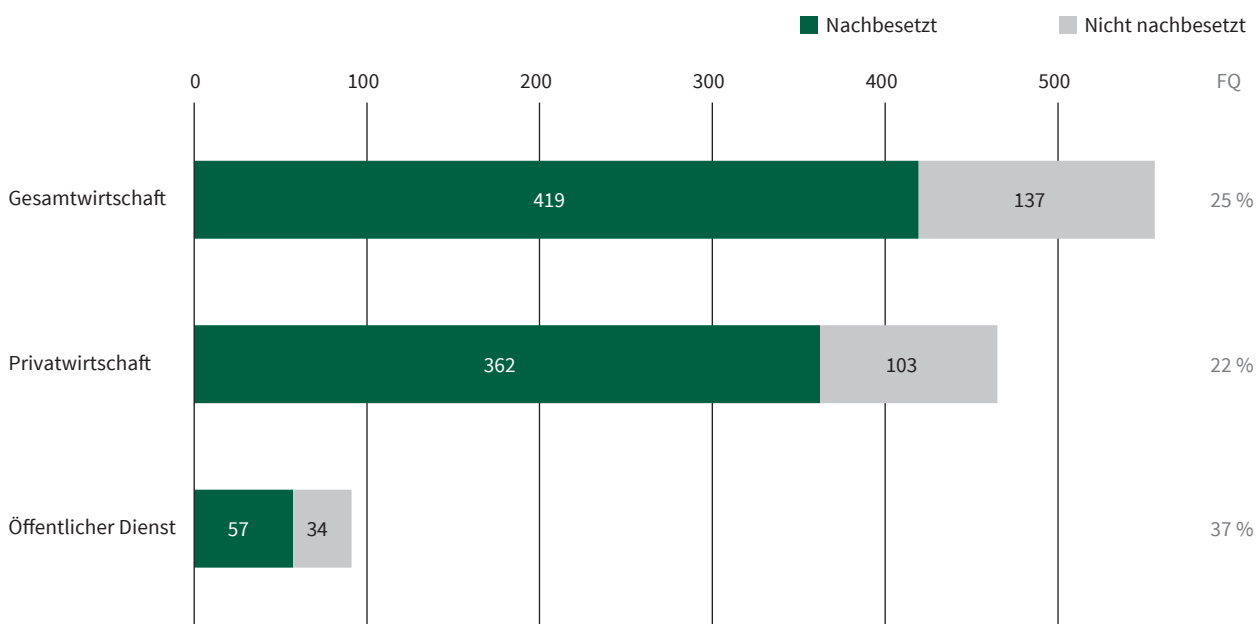
Von den rd. 556 000 nachzubesetzenden Stellen erfordern 391 000 eine anerkannte Berufsausbildung und knapp 112 000 einen akademischen Abschluss. Allerdings dürfte es für letztere ungleich schwieriger werden, adäquaten Ersatz zu finden, sofern sich an Studierneigung und Fächerwahl der jungen Kohorten nichts Wesentliches ändert. Insgesamt dürfte jede dritte altersbedingt freiwerdende Stelle mit einem akademischen Anforderungsprofil nicht wiederbesetzt werden können. Bei den Stellen mit Berufsausbildung beträgt die Fehlquote etwa ein Fünftel. Aufgrund seines spezifischen Anforderungsprofils ist der öffentliche Dienst von der höheren Fehlquote bei akademischen Stellen viel stärker betroffen als die Privatwirtschaft. Denn bei Land, Kommunen und Sozialversicherungsträgern erfordert jede zweite altersbedingt freiwerdende Stelle einen Studienabschluss, bei den privaten Arbeitgebern ist es nur jede achte.

Abb. 2
Beschäftigte im Freistaat Sachsen im Jahr 2015 (in 1 000)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2017b), Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2017), Berechnung und Darstellung des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 3
Altersbedingte Nachbesetzungsbedarfe und Fehlquoten in Sachsen, 2015–2030 (in 1 000)



Anmerkung: FQ = Fehlquote = Anteil nicht nachbesetzter Stellen am Nachbesetzungsbedarf.

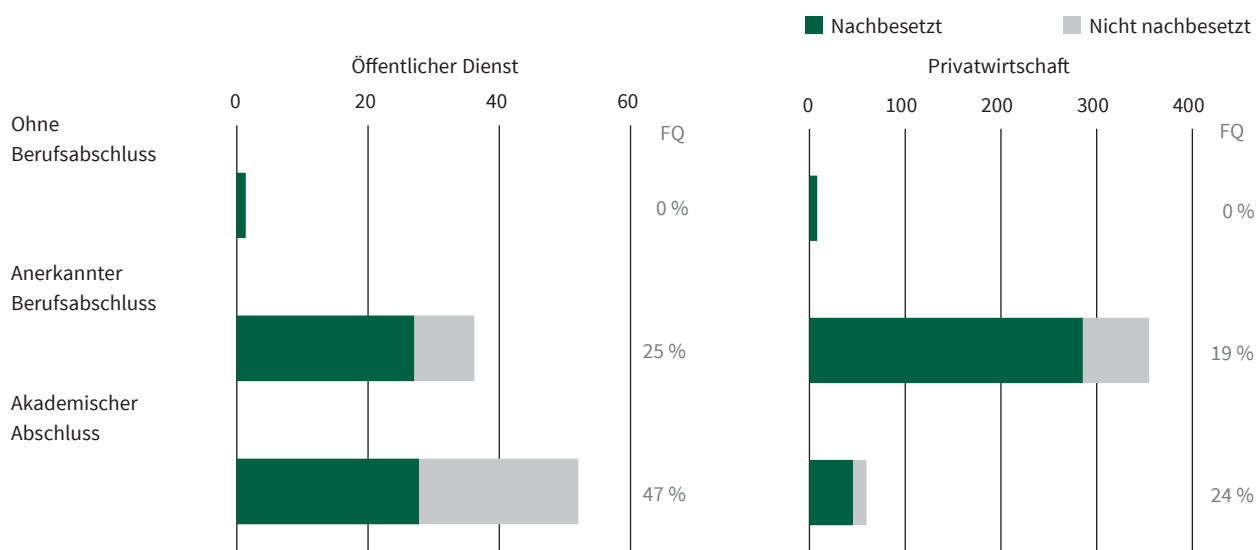
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2017a, b), Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2017), Berechnung und Darstellung des ifo Instituts. © ifo Institut

Insgesamt sind im öffentlichen Dienst – unter Berücksichtigung der landespolitischen Personalvorgaben – bis 2030 rd. 52 000 Akademiker-Stellen zu besetzen. Hiervon dürften 47% vakant bleiben (vgl. Abb. 4). Bei Stellen, die einen anerkannten Berufsabschluss erfordern, ergibt sich im öffentlichen Dienst ein Ersatzbedarf von rd. 36 000 Stellen. Davon dürften unter Berücksichtigung der berufsfachlichen Ausrichtung der einzelnen Tätigkeiten etwa 25% nicht nachbesetzt werden können.

In der Privatwirtschaft werden demgegenüber insbesondere Stellen altersbedingt frei, die eine anerkannte Berufsausbildung erfordern. Mit knapp 355 000 Stellen umfasst dieses Anforderungsprofil rd. 76% des gesamten privatwirtschaftlichen Nachbesetzungsbedarfs. Von diesen Stellen dürften immerhin 19% nicht besetzt werden können, weil Bewerber und Stellen berufsfachlich nicht zueinander passen. Der Anteil unbesetzter akademischer Stellen in der Privatwirtschaft beläuft sich bis 2030 sogar auf 24%.

Abb. 4

Altersbedingte Nachbesetzungsbedarfe und Fehlquoten in Sachsen, nach Bildungsabschlüssen, 2015–2030 (in 1 000)



Anmerkung: FQ = Fehlquote = Anteil nicht nachbesetzter Stellen am Nachbesetzungsbedarf.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2017a, b), Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2017), Berechnung und Darstellung des ifo Instituts. © ifo Institut

MANGEL INSBESONDERE AN LEHRERN, POLIZISTEN UND LOGISTIKDIENSTLEISTERN

In einem zweiten Schritt gehen wir der Frage nach, in welchen Berufen die höchsten personellen Engpässe zu erwarten sind (vgl. Abb. 5). Dazu fassen wir die Berufe in 16 Berufssegmenten zusammen, die der Klassifikation der Bundesagentur für Arbeit folgen (vgl. Matthes et al. 2015).

Die größten Nachbesetzungsschwierigkeiten sind demnach in Berufen zu erwarten, die gerade für den öffentlichen Dienst eine besondere Rolle spielen: Sicherheitsberufe wie bei Polizei und Justizvollzug; Lehrer und andere auszubildende Berufe; sowie Berufe in Verwaltung, Recht und anderen unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Allein in diesen drei Berufssegmenten müssten Land, Kommunen und Sozialversicherungsträger in Sachsen bis 2030 gut 60 000 Stellen nachbesetzen, um den gegenwärtigen Personalbestand zu sichern und die landespolitischen Personalvorgaben zu erfüllen. Die Erfolgsaussichten dafür sind aber gering. Sofern künftig nicht wesentlich mehr junge Erwerbspersonen als bisher diese Berufe ergreifen, dürften in allen drei Berufssegmenten jeweils mehr als 40% der nachzubesetzenden Stellen vakant bleiben. Zusammen sind dies knapp 28 000 Arbeitsplätze. Es sind diese großen Nachbesetzungsschwierigkeiten in besonders relevanten Berufen, welche die eingangs beobachteten Besetzungsprobleme des öffentlichen Dienstes im Freistaat Sachsen insgesamt bestimmen.

Die privaten Arbeitgeber sind demgegenüber insgesamt weniger von Nachbesetzungsschwierigkeiten betroffen, weil sich ihre Bedarfe auf deutlich mehr Berufe verteilen und gegenwärtig in nur wenigen dieser Berufe hohe Fehlquoten zu erwarten sind. Vergleichsweise große Nachbesetzungsschwierigkeiten ergeben sich vor allem in Verkehrs- und Logistikberufen, in Berufen der Unternehmensführung und

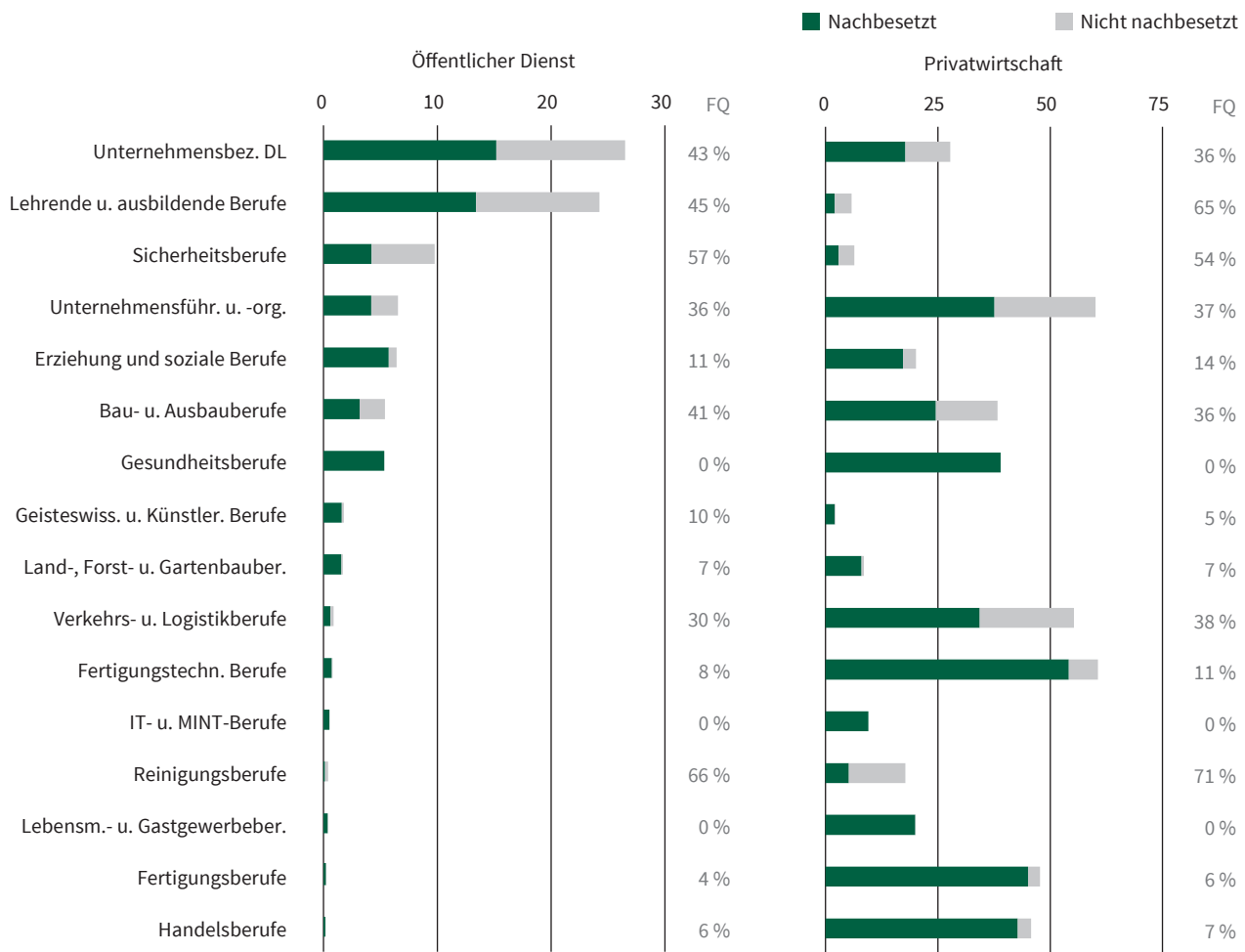
-organisation (z. B. Management, Personalwesen) sowie in Bau- und Ausbauberufen. In diesen drei Berufssegmenten blieben nach unseren Berechnungen bis 2030 rd. 57 000 der knapp 154 000 altersbedingt freiwerdenden Arbeitsplätze vakant; dies entspricht einer Fehlquote von gut 37 %. Neben diesen Berufen gibt es in der Privatwirtschaft Berufe mit ähnlich hohen Ersatzbedarfen, aber deutlich geringeren Fehlquoten. So gehen in Fertigungs-, Fertigungstechnischen und Handelsberufen ebenfalls 154 000 privatwirtschaftlich Beschäftigte bis 2030 in den Ruhestand. Hier dürften aber bei „nur“ etwa 12 000 Stellen (8 %) Schwierigkeiten mit einer qualifikations- und berufsadäquaten Nachbesetzung auftreten.

MIT DIGITALISIERUNG LASSEN SICH NICHT ALLE NACH-BESETZUNGSSCHWIERIGKEITEN LÖSEN

Zuweilen wird die Erwartung geäußert, dass die zunehmende Digitalisierung die bevorstehenden Fachkräfteengpässe entschärfen könnte (z. B. Bußmann und Seyda 2016; kritischer Detemple et al. 2017). Bereits heute organisieren und optimieren Computer oder computergestützte Maschinen selbstständig ganze Produktionsprozesse (Schlagwort „Industrie 4.0“) – selbst in Dienstleistungsbereichen, in denen der Faktor Mensch bis vor einigen Jahren unverzichtbar erschien. Bei manchen Einzelhändlern wird schon jetzt die Ware automatisiert über den Barcode ausgepreist, kassiert wird an Selbstbedienungskassen und verpackt wird die Ware von Verpackungsmaschinen. Dies alles waren ursprünglich typische Tätigkeiten eines Verkäufers.

Die Nachbesetzungsschwierigkeiten am sächsischen Arbeitsmarkt wird die Digitalisierung aber nur soweit mildern, soweit Computer oder computergestützte Maschinen die typischen Tätigkeiten der „Mangelberufe“ übernehmen können. Hierbei darf nicht vergessen werden, dass ein Berufsbild

Abb. 5
Altersbedingte Nachbesetzungsbedarfe und Fehlquoten in Sachsen, nach Berufen, 2015–2030 (in 1 000)



Anmerkung: FQ = Fehlquote = Anteil nicht nachbesetzter Stellen am Nachbesetzungsbedarf.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2017a, b), Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2017), Berechnung und Darstellung des ifo Instituts. © ifo Institut

immer mehrere Aufgaben umfasst. Für die übrigen, nicht-automatisierbaren Aufgaben bleibt der Faktor Mensch unverzichtbar. Zudem ist die technische Machbarkeit digitaler Lösungen nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung dafür, dass solche Lösungen auch in den Produktionsprozess integriert werden. Hier spielen vielmehr auch rechtliche, ethische und kostenseitige Erwägungen eine Rolle (Bonin et al. 2015, S. 19; Dengler und Matthes 2015, S. 23).

Für Sachsen stellen Schork et al. (2017, Tabelle A3) eine Schätzung der berufsspezifischen Substituierbarkeitspotenziale durch Digitalisierung bereit. Legt man diese Ergebnisse zugrunde, dürfte die Digitalisierung die Nachbesetzungsschwierigkeiten am sächsischen Arbeitsmarkt nur begrenzt mildern. So weisen die Berufe mit den höchsten Substituierbarkeitspotenzialen (Fertigungsberufe: 73 %, fertigungstechnische Berufe: 65 %) vergleichsweise geringe Nachbesetzungsschwierigkeiten auf (6 % bzw. 11 %). Demgegenüber sind bei Sicherheitsberufen oder lehrenden und ausbildenden Berufen die Nachbesetzungsschwierigkeiten groß (56 % bzw. 49 %), die Substituierbarkeitspotenziale durch die Digitalisierung aber gering (10 % bzw. 6 %). Dies liegt daran, dass diese Berufssegmente durch

hohe Anteile an kreativen oder manuellen Tätigkeiten geprägt sind, die sich kaum automatisieren lassen. Für Lehrer ist das Substituierbarkeitspotenzial durch Digitalisierung faktisch nicht gegeben (Schork et al. 2017, S. 21). Es könnten sich jedoch indirekte Entlastungseffekte ergeben, wenn durch die erfolgreiche Digitalisierung in anderen Berufen mehr Erwerbspersonen als bisher Lehr- und Sicherheitsberufe ergreifen.

Spürbare Entlastung bei den Nachbesetzungsschwierigkeiten verspricht der verbreitete Einsatz digitaler Technologien bei Verkehrs- und Logistikberufen, Bau- und Ausbauberufen, Unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen (inkl. Berufen in der öffentlichen Verwaltung) sowie Berufen in Unternehmensführung und -organisation. In diesen Berufssegmenten bestehen nicht nur signifikante Nachbesetzungsschwierigkeiten, sondern auch ähnlich hohe Substituierbarkeitspotenziale. Allerdings hängt das Ausmaß der Entlastung stark davon ab, inwieweit die nicht-automatisierbaren Aufgaben zwischen den verbliebenen Beschäftigten verteilt werden können und inwieweit die Beschäftigten zugleich durch die digitalen Technologien von automatisierbaren Tätigkeiten entlastet werden.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Der demographische Umbruch wird auch auf dem sächsischen Arbeitsmarkt seine Spuren hinterlassen. Mehr als ein Drittel der heute Beschäftigten geht bis zum Jahr 2030 in den Ruhestand. Ein Viertel von ihnen kann möglicherweise nicht qualifikations- und berufsadäquat nachbesetzt werden, es sei denn, Arbeitgeber und Arbeitnehmer reagieren rechtzeitig. Nachbesetzungsschwierigkeiten sind insbesondere bei Akademikerstellen sowie bei Sicherheits-, Lehr- und Verwaltungsberufen zu erwarten. Besonders stark betroffen wäre der öffentliche Dienst, bei dem besonders viele Stellen mit genau diesen Anforderungsprofilen nachzubesetzen sind.

Diese Nachbesetzungsschwierigkeiten müssen sich jedoch nicht zwangsläufig realisieren. Sie sind eher als Mahnung an Arbeitgeber, Beschäftigte und Politik zu verstehen, durch rechtzeitige kreative Lösungen entsprechende Herausforderungen gar nicht erst entstehen zu lassen.

Eine Option ist, dass sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer eine größere berufliche Flexibilität als bisher an den Tag legen. Dies betrifft sowohl die Bildungs- und Berufswahl jüngerer Kohorten als auch die Weiterqualifikation und Beschäftigung von Personen, die bereits im Erwerbsleben stehen. Bereits jetzt zeichnet sich unter den sächsischen Schulabsolventen ein Trend zum (Fach-)Abitur bei gleichzeitig mäßig steigender Studierneigung ab. Entsprechend sinkt der Anteil von Schülern, die eine duale oder eine schulische Berufsausbildung beginnen (vgl. Heisig und Weber 2017). Künftig könnten jüngere Kohorten in ihrer Bildungs- und Berufswahl verstärkt auf jene Bereiche gelenkt werden, in denen die höchsten Nachbesetzungsbedarfe zu erwarten sind. In einer Marktwirtschaft erfolgt eine solche Lenkung typischerweise über den Preis. Erforderlich wäre also eine stärkere Lohndifferenzierung entsprechend der jeweiligen Nachbesetzungsbedarfe in den einzelnen Segmenten des Arbeitsmarktes. Zusätzlich könnten öffentliche und private Arbeitgeber ergänzende Informationen zum Beispiel zu den Arbeitsmarktaussichten der einzelnen Berufe bereitstellen oder bei Auszubildenden die Übernahme garantieren. Beschäftigte mit Berufsabschluss könnten bedarfsorientiert umgeschult oder in „Mangelberufen“ fachfremd eingesetzt werden. Die Bereitschaft zu einer solchen beruflichen Flexibilität dürfte umso größer sein, je ähnlicher die Tätigkeiten zwischen dem ursprünglich erlernten und dem nunmehr angestrebten Beruf sind und je höher die Lohndifferenz zwischen beiden Berufen ist.

Eine weitere Option, dem drohenden Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken, besteht darin, das Arbeitskräfteangebot insgesamt zu erhöhen. Dazu wären etwa Frauen, ältere Erwerbspersonen oder ausländische Arbeitskräfte besser und/oder stärker in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Schließlich bleibt den Arbeitgebern auch die Möglichkeit, die Notwendigkeit der Nachbesetzung freiwerdender Stellen durch Digitalisierung und andere Rationalisierungsmaßnahmen abzumildern.

Für die öffentlichen Arbeitgeber ist dieser Anpassungsdruck besonders groß. Sie stehen vor der Aufgabe, altersbedingte Abgänge im Umfang der Hälfte ihrer Beschäftigten zu kompensieren. Besetzen sie all diese Stellen, entziehen sie der privaten Wirtschaft potenziell wichtige Arbeitskräfte. Besetzen sie die Stellen aber nicht, müssen sie ihren Nachbesetzungsbedarf senken, sonst drohen Einschnitte in der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen. Zumindest die öffentliche Verwaltung könnte hier noch stärker als bisher auf digitale Lösungen setzen und dadurch Rationalisierungspotenziale verwirklichen. In Sicherheits- und Lehrberufen dürften solche Potenziale deutlich schwieriger zu realisieren sein.

zungsbedarf senken, sonst drohen Einschnitte in der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen. Zumindest die öffentliche Verwaltung könnte hier noch stärker als bisher auf digitale Lösungen setzen und dadurch Rationalisierungspotenziale verwirklichen. In Sicherheits- und Lehrberufen dürften solche Potenziale deutlich schwieriger zu realisieren sein.

LITERATUR

Bauer, D., Ragnitz, J., Sonnenburg, J. und M. Weber (2018), Personalbedarfe im öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen bis 2030 und Konkurrenzsituation zur Privatwirtschaft, ifo Dresden Studien 81, ifo Institut, München/Dresden.

Bonin, H., Gregory, T. und U. Zierahn (2015), Übertragung der Studie von Frey/Osborne (2013) auf Deutschland, ZEW Kurzepertise Nr. 57, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH, Mannheim.

Bußmann, S. und S. Seyda (2016), Digitalisierung als Mittel gegen Fachkräftengpässe, IW-Kurzbericht 29/2016, Institut für deutschen Wirtschaft Köln.

Dengler, K. und B. Matthes (2015), Folgen der Digitalisierung für die Arbeitswelt, IAB-Forschungsbericht 11/2015, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.

Detemple, P., Düsing, S. und T. Schramm (2017), Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst: Prognose und Handlungsstrategien bis 2030, PricewaterhouseCoopers GmbH WPG, o. A.

Heisig, K. und M. Weber (2017), „Warum bleiben Ausbildungsstellen in Sachsen unbesetzt?“, ifo Dresden berichtet 24 (05), S. 31–34.

IHK Leipzig – Industrie- und Handelskammer zu Leipzig (Hrsg.) (2017), Fachkräftemonitor Sachsen, <http://www.fkm-sachsen.de/>, zuletzt abgerufen am 16. Januar 2018.

Matthes, B., Meinken, H. und P. Neuhauser (2015), Berufssektoren und Berufssegmente auf Grundlage der Kldb 2010, Nürnberg.

Sächsischer Landtag (Hrsg.) (2017), Stellenentwicklungsbericht der Staatsregierung zum Haushaltsplan 2017/2018, 6. Wahlperiode, Dresden.

Schorf, F., Zillmann, M., Dengler, K., Michel, J. und T. Buch (2017), Digitalisierung der Arbeitswelt. Folgen für den Arbeitsmarkt in Sachsen, IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz, IAB Sachsen, 01/2017, Nürnberg.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2017a), Bestand an Arbeitslosen nach Altersgruppen, Anforderungsniveau und Berufssegmenten (Zielberuf) der Klassifizierung der Berufe (2010), Sonderauswertung für Sachsen, Nürnberg.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2017b), Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsabschnitten, Wirtschaftsklassen, Berufssegmenten, Berufsabschluss und Alter, Sonderauswertung für Sachsen, Nürnberg.

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.) (2016): 6. Regionasierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen 2015 bis 2030, Kamenz.

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.) (2017), Personalstand: Beschäftigte nach WZ08, Berufssegmenten, Berufsabschlüssen und Alter, Sonderauswertungen der sächsischen Personalstandstatistik getrennt nach Landesbereich, Kommunalbereich und Sozialversicherungsträgern, Kamenz.

Vogler-Ludwig, K., Düll, N. und B. Kriechel (2016), Arbeitsmarkt 2030. Wirtschaft und Arbeitsmarkt im digitalen Zeitalter. Prognose 2016, Projekt Analyse der zukünftigen Arbeitskräftenachfrage und des -angebots in Deutschland auf Basis eines Rechenmodells, im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Bertelsmann Verlag, Bielefeld.

Wollmershäuser, T., Delrio, S., Fuest, C., Göttert, M., Grimme, C., Krolage, C., Lautenbacher, S., Lehmann, R., Nierhaus, W., Peichl, A., Reif, M., Šauer, R., Schröter, F., Schuler, T., Stöckli, M., Wohlrabe, K., Wolf, A. und C. Zeiner (2017), ifo Konjunkturprognose 2017–2019: Deutsche Wirtschaft auf dem Weg in die Hochkonjunktur, ifo Schnelldienst 70 (24), S. 28–81.

Zika, G. und T. Maier (Hrsg.) (2015), Qualifikation und Beruf in Deutschlands Regionen bis 2030, Konzepte, Methoden und Ergebnisse der BiBB-IAB-Projektionen, IAB Bibliothek 353, Nürnberg.

- 1 Der Sächsische Landtag (2017) hat beschlossen, bis 2019 zusätzliches Landespersonal im Umfang von 4 000 Vollzeitäquivalenten in den Bereichen Bildung und Innere Sicherheit einzustellen und dabei in den übrigen staatlichen Aufgabenbereichen nur begrenzt Stellen abzubauen. Insgesamt ergibt sich ein Zuwachs von rd. 2 600 Vollzeitäquivalenten.

Felix Rösel und Lasare Samartzidis*

Wert- statt Geldmangel: AfD triumphiert im Osten dort, wo es an Toleranz und Vertrauen in die Politik fehlt

Die AfD war bei der Bundestagswahl in Ostdeutschland etwa doppelt so erfolgreich wie in Westdeutschland. Beobachter machten dafür bisher vor allem wirtschaftliche Faktoren verantwortlich. Wir können dagegen zeigen, dass nicht das ökonomische Ungerechtigkeitsgefühl, sondern die Ablehnung von gesellschaftlicher Vielfalt und staatlichen Institutionen in Ostdeutschland mit höheren AfD-Stimmanteilen einhergeht. Will die Politik populistischen Tendenzen begegnen, muss sie in Toleranz und Vertrauen investieren. Mehr Geld in Beton und Asphalt geht am Problem vorbei.

ifo Dresden erforscht Zusammenhänge von gesellschaftlichem Zusammenhalt und Populismus in neuem DFG-Projekt (2018–2021)

Dieser Beitrag erscheint zum Auftakt eines neuen Forschungsprojektes an der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts, an dem der Koautor dieses Beitrages, Felix Rösel, beteiligt ist. Ziel des Projektes ist es, kausale Zusammenhänge zwischen den vielfältigen Facetten gesellschaftlichen Zusammenhalts (z. B. lokale Netzwerke, Bräuche, Identität) und dem Aufstieg des Rechtspopulismus in Europa zu erforschen. Eine bisher wissenschaftlich ungeklärte Frage ist etwa, ob und unter welchen Bedingungen Sportvereine Zusammenhalt und Demokratie fördern oder aber zur Verbreitung populistischer Tendenzen beitragen. Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte Projekt hat eine Laufzeit von drei Jahren und ein Volumen von rund 280 000 Euro.

Die AfD ist eine der großen Gewinnerinnen der vergangenen Bundestagswahl. Ungeachtet interner Querelen und programmatischer Widersprüche stimmten fast 6 Mill. Wähler im Herbst 2017 für die rechtspopulistische Partei. Vier Jahre zuvor waren es noch 2 Mill. AfD-Wähler. Besonderen Zuspruch erhielt die AfD in Ostdeutschland. Die Ursachensuche nach dem Erfolgsrezept der AfD richtete sich schnell auf ökonomische Aspekte. In den Blick gerieten vermeintliche „Modernisierungs-“ oder „Globalisierungsverlierer“, von „abhängten“ Regionen war die Rede. Franz et al. (2018) betonen insbesondere den Zusammenhang zwischen AfD-Stimmanteilen, Wirtschaftsstruktur und Alterung. Die Autoren leiten hieraus Forderungen nach mehr öffentlichen Infrastrukturinvestitionen bis hin zu Entschuldungsfonds für Kommunen ab.

In diesem Beitrag stellen wir dieser materiellen Sicht eine gesellschaftspolitische Perspektive gegenüber. Rechtspopulisten wie die AfD adressieren in ihren aktuellen Kampagnen nur selten wirtschaftliche Fragen, sondern betonen kulturelle

Aspekte (Inglehart und Norris 2016). Im Zentrum steht dabei die Angst vor „Überfremdung“ oder „Fremdbestimmung“ durch externe Kräfte und unnahbare Eliten. Die vermeintliche Wiederherstellung von „Volkssouveränität“ und Selbstbestimmung, z. B. durch eine schärfere Grenzsicherung und Zuwanderungsrestriktionen, waren die beherrschenden Themen sowohl in der „Brexit“-Kampagne als auch bei der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten. „Klassische“ ökonomische Themen waren dagegen kaum präsent, ganz im Gegenteil: Vielen „Brexit“- oder Trump-Wählern war die volkswirtschaftliche Schädlichkeit eines EU-Austritts oder neuer Handelsbarrieren bekannt. Sie nahmen diese aber als Preis für den Zuwachs an nationaler Souveränität bewusst in Kauf.

Unsere Ergebnisse stützen die These, dass AfD-Wahlergebnisse eher von der kulturellen und weniger von der ökonomischen Wahrnehmung der Welt bestimmt werden. Die AfD ist in Ostdeutschland dort stark, wo der gesellschaftliche Zusammenhalt schwach ist. Wähler rechtspopulistischer Parteien sind weniger „Modernisierungsverlierer“ im ökonomischen Sinn, sondern vielmehr „Modernisierungsgegner“ im kulturellen Sinne (so bereits Minkenberg 2002). Modernisierungsgegner zeigen häufig weniger gesellschaftliche Toleranz und Vertrauen in die Politik. Die Anti-Pluralität- und Anti-Eliten-Rhetorik des Rechtspopulismus trifft genau diesen Nerv. Die Kampagnen der AfD verfangen deshalb genau dort besonders, wo sie auf eine Grundskepsis gegenüber gesellschaftlicher Vielfalt und politischen Institutionen trifft.

GROßE REGIONALE UNTERSCHIEDE IM GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT

Wir gehen im Folgenden der Frage nach, ob es einen Zusammenhang zwischen dem gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort und dem Wahlverhalten gibt. Dazu vergleichen wir

* Dr. Felix Rösel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lasare Samartzidis war zum Zeitpunkt der Erstellung des Artikels Praktikant an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

die regionalen Unterschiede im gesellschaftlichen Zusammenhalt mit dem Stimmverhalten für die AfD bei der Bundestagswahl 2017. Zur Messung des gesellschaftlichen Zusammenhalts nutzen wir Daten der Bertelsmann Stiftung (Arant et al. 2017a, b) auf Ebene von 79 Regionen Deutschlands (vgl. hierzu Infobox), zu denen wir die Wahlergebnisse hinzuspielen.

Infobox: Methodik

Daten

Die Daten zum gesellschaftlichen Zusammenhalt wurden von Arant et al. (2017a, b) im Rahmen eines Projektes für die Bertelsmann Stiftung aus einer telefonischen Befragung von rund 5 000 Personen im März 2017 ermittelt. Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist zunächst ein abstraktes Konzept, das in seinen Teilaspekten besser greifbar wird. Gefragt wurde unter anderem nach Toleranz, lokalen sozialen Netzwerken, Vertrauen in politische Institutionen oder etwa Solidarität und Hilfsbereitschaft. Hieraus wurden insgesamt neun verschiedene Einzelmaße generiert. Die Angaben wurden anschließend zu einem Gesamtwert für gesellschaftlichen Zusammenhalt verdichtet und sind auf der Ebene von 79 Regionen (bestehend aus einem oder mehreren Landkreisen) mit je rund 1 Mill. Einwohnern verfügbar. Weitere Informationen zum Datensatz bieten Arant et al. (2017b).

Regression

Wir verwenden zur Analyse im oberen Teil von Tabelle 1 ein einfaches Regressionsmodell, in dem wir die AfD-Stimmanteile (AfD_i) in den $i = 1, \dots, 79$ Regionen Deutschlands mit einem Maß für gesellschaftlichen Zusammenhalt (GZ_i) erklären (Modell 1):

$$AfD_i = \beta GZ_i + \varepsilon_i \quad (1)$$

Wir schätzen das Modell mithilfe der Kleinste-Quadrate-Methode; ε_i ist der Störterm. In Modell 2 fügen wir Modell 1 zusätzliche Kontrollvariablen hinzu. In Modell 3 lassen wir darüber hinaus unterschiedliche Zusammenhänge für Ost- und Westdeutschland zu; Ost_i ist eine Dummyvariable für ostdeutsche Regionen, $West_i$ eine Dummyvariable für westdeutsche Regionen:

$$AfD_i = \beta_{West} [GZ_i \times West_i] + \beta_{Ost} [GZ_i \times Ost_i] + \gamma Ost_i + \varepsilon_i \quad (2)$$

Im unteren Teil von Tabelle 1 verwenden wir erneut Modell 3, nutzen als erklärende Variable aber nun jeweils einzeln eines der neun Einzelmaße für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dargestellt sind die Koeffizienten β_{West} und β_{Ost} aus neun separaten Regressionsmodellen.

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Innerhalb Deutschlands bestehen beträchtliche regionale Unterschiede sowohl im gesellschaftlichen Zusammenhalt als auch bei den AfD-Wahlergebnissen. Mit wenigen Ausnahmen konzentrieren sich die Regionen mit einem schwächeren gesellschaftlichen Zusammenhalt dabei auf den Osten

Deutschlands (vgl. Abb. 1, linke Karte). Den stärksten gesellschaftlichen Zusammenhalt beobachten wir tendenziell in Südbayern, Teilen Baden-Württembergs und Niedersachsen. Die AfD-Wahlergebnisse scheinen gerade umgekehrt verteilt zu sein: Wähler in West-Niedersachsen stimmten deutlich weniger häufig für die AfD als in anderen Teilen Deutschlands (vgl. Abb. 1, rechte Karte). Die Hochburg der AfD ist Ostachsen, wo wir auch den schwächsten gesellschaftlichen Zusammenhalt innerhalb Deutschlands beobachten. Dies ist ein erster Hinweis auf einen möglichen Zusammenhang.

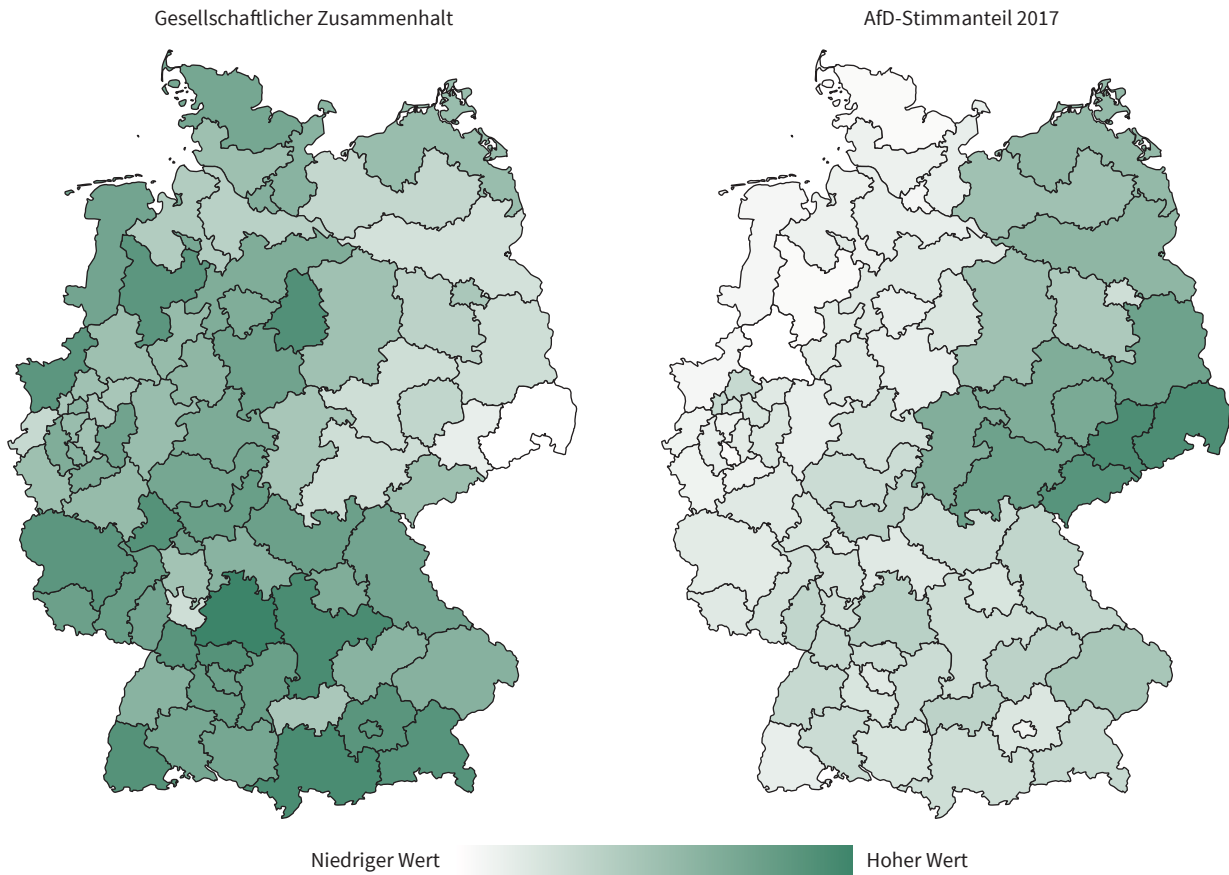
JE SCHWÄCHER DER ZUSAMMENHALT, UMSO HÖHER DIE AfD-ERGEBNISSE

Für eine anschaulichere Prüfung möglicher Zusammenhänge tragen wir in Abbildung 2 nun den gesellschaftlichen Zusammenhalt gegen die AfD-Stimmanteile ab. Jeder Punkt repräsentiert eine der in Abbildung 1 gezeigten 79 Regionen. Die Darstellung auf der linken Seite von Abbildung 2 bestätigt unsere bisherige Vermutung: Je schwächer der gesellschaftliche Zusammenhalt in einer Region ausgeprägt ist, umso mehr Wähler stimmen für die AfD.

Zusätzlich testen wir in einem Regressionsmodell, wie statistisch verlässlich dieser negative Zusammenhang ist. Hierbei erklären wir den Stimmanteil der AfD in den 79 Regionen mit dem Maß für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Infobox beschreibt die technischen Details des Regressionsmodells näher. Die Ergebnisse der Regressionsschätzungen sind in Tabelle 1 dargestellt. Modell 1 korrespondiert mit der Darstellung auf der linken Seite von Abbildung 2. Wir finden einen statistisch signifikanten negativen Zusammenhang, der auch in seiner Größe substantiell ist. In Ostdeutschland wurde mit durchschnittlich 22 % die AfD etwa doppelt so häufig gewählt wie in Westdeutschland (11 %). Rund 40 % des Unterschiedes in den AfD-Stimmanteilen können wir rein rechnerisch auf den niedrigeren gesellschaftlichen Zusammenhalt in Ostdeutschland zurückführen.¹ Dies gilt jedoch zunächst ohne Berücksichtigung weiterer Faktoren.

Es ist natürlich plausibel, dass die AfD-Stimmergebnisse noch von einer Vielzahl weiterer Faktoren neben dem gesellschaftlichen Zusammenhalt beeinflusst werden. Unser Regressionsmodell erlaubt es uns, den Einfluss anderer Faktoren „herauszurechnen“, um den Effekt des gesellschaftlichen Zusammenhalts noch stärker zu isolieren. Dazu nehmen wir zusätzliche erklärende Variablen in unser Modell auf, unter anderem die lokale Wirtschaftskraft, die Arbeitslosenquote, die Zahl der Flüchtlinge, die Bevölkerungsentwicklung zwischen 1995 und 2015 sowie zahlreiche weitere Variablen mit potenziellem Einfluss auf das AfD-Wahlergebnis (vgl. die Hinweise unter Tab. 1). Der statistische Zusammenhang zwischen AfD-Stimmanteil und gesellschaftlichem Zusammenhalt wird nun schwächer und geringer (vgl. Modell 2 in Tab. 1). Dennoch können wir umgerechnet immer noch rund 15 % des Unterschiedes im AfD-Stimmverhalten zwischen Ost- und Westdeutschland auf den schwächeren gesellschaftlichen Zusammenhalt im Osten zurückführen, wenn wir soziale und wirtschaftliche Unterschiede „herausrechnen“.

Abb. 1
Räumliche Verteilung von gesellschaftlichem Zusammenhalt und AfD-Stimmanteilen

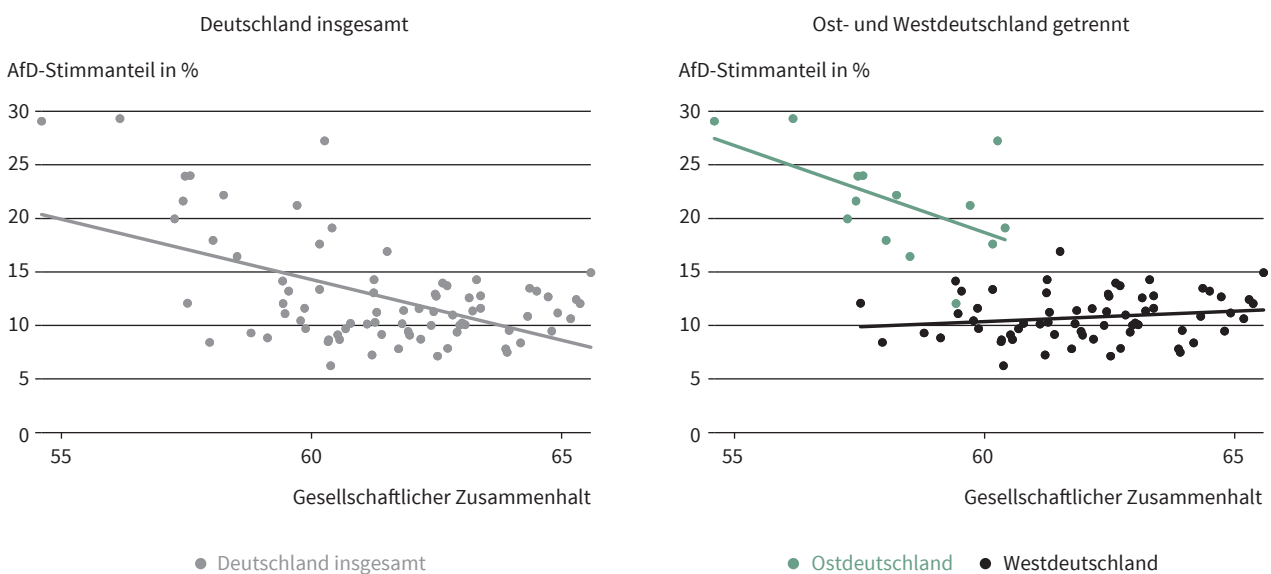


Hinweis: Die Karte zeigt den Gesamtwert für gesellschaftlichen Zusammenhalt der Bertelsmann Stiftung (Arant et al. 2017a, b) in 79 Regionen auf der linken Seite und die Zweitstimmanteile für die AfD bei der Bundestagswahl 2017 auf der rechten Seite. Je dunkler die Einfärbung, desto höher der gesellschaftliche Zusammenhalt bzw. Stimmanteil.

Quelle: Darstellung des ifo Instituts. Geodaten: © GeoBasis-DE / BKG 2018.

© ifo Institut

Abb. 2
Zusammenhang von gesellschaftlichem Zusammenhalt und AfD-Stimmanteilen



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

EFFEKTE NUR IN OSTDEUTSCHLAND MESSBAR

Bisher sind wir davon ausgegangen, dass ein höherer gesellschaftlicher Zusammenhalt in West- und Ostdeutschland den gleichen Effekt auf das AfD-Stimmverhalten hat. Angesichts der enormen Unterschiede zwischen beiden Landesteilen heben wir diese Annahme jetzt auf. Auf der rechten Seite von Abbildung 2 zeigen wir die gleiche Punktwolke wie auf der linken Seite, unterscheiden aber nun Ost- und Westdeutschland. Wir finden deutlich verschiedene Zusammenhänge von gesellschaftlichem Zusammenhalt und AfD-Stimmverhalten: Während in Ostdeutschland ein geringerer gesellschaftlicher Zusammenhalt mit höheren Stimmergebnissen für die AfD einhergeht, ist kein systematischer Zusammenhang mehr zwischen beiden Variablen für Westdeutschland zu erkennen.

Auch unser Regressionsmodell bestätigt diesen Befund. In Modell 3 in Tabelle 1 lassen wir unterschiedliche Zusammenhänge für Ost- und Westdeutschland zu. Während wir für westdeutsche Regionen keinen statistisch signifikanten Zusammenhang von gesellschaftlichem Zusammenhalt und AfD-Stimmanteilen mehr messen, finden wir einen starken Effekt in Ostdeutschland.² Hierbei ist zu beachten, dass wir die Einflüsse von niedrigerer Wirtschaftskraft oder höherer Arbeitslosenquote auch hier bereits berücksichtigt haben.

MEHR UMVERTEILUNG GEHT WOHL AM PROBLEM VORBEI

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist ein komplexes und vielschichtiges Konstrukt. Welche Aspekte des Zusammenhalts prägen nun unser Ergebnis in Ostdeutschland? Im unteren Teil von Tabelle 1 verwenden wir statt des Gesamtmaßes für gesellschaftlichen Zusammenhalt in neun einzelnen Regressionen nun die neun Dimensionen, die sich hinter dem Gesamtwert für gesellschaftlichen Zusammenhalt der Bertelsmann-Stiftung verbergen. Die Aufspaltung in Einzelmaße zeigt, dass insbesondere der Mangel in zwei Bereichen in Ostdeutschland von besonderer Relevanz ist: Bei der Akzeptanz von Diversität sowie beim Vertrauen in Institutionen.³ Ostdeutsche Regionen, in denen moderne Lebensformen nicht toleriert werden⁴ und ein geringes Vertrauen gegenüber Medien oder politischen Institutionen (Stichworte: „Lügenpresse“, „Volksverräter“) besteht, weisen systematisch höhere AfD-Stimmanteile auf. In Westdeutschland gehen dagegen eher konservative Werte wie ein stärkerer Lokalpatriotismus (Lokale/regionale Identifikation) sowie ein stärkeres Bedürfnis nach Ordnung und Sicherheit (Anerkennung sozialer Regeln) mit höheren AfD-Stimmanteilen einher. Keine Rolle spielen in beiden Landesteilen dagegen die Stärke sozialer Netze vor Ort, das Vertrauen in Mitmenschen,

Tab. 1
Statistischer Zusammenhang von AfD-Stimmanteilen und gesellschaftlichem Zusammenhalt

	AfD-Stimmanteil 2017			
	Modell 1	Modell 2	Modell 3	
	Deutschland insgesamt	Deutschland insgesamt	Westdeutschland	Ostdeutschland
Gesamtmaß gesell. Zusammenhalt				
Gesellschaftlicher Zusammenhalt	-1,131*** (0,271)	-0,372* (0,188)	0,030 (0,125)	-1,219*** (0,379)
Kontrollvariablen ^a	Nein	Ja		Ja
Ostdeutschland-Dummy	Nein	Nein		Ja
Beobachtungen	79	79		79
Adjustiertes R ²	0,284	0,813		0,894
Einzelmaße gesell. Zusammenhalt^b				
Soziale Netze			-0,063	-0,179
Vertrauen in die Mitmenschen			-0,085	-0,062
Akzeptanz von Diversität			-0,058	-0,703***
(Lokale/regionale) Identifikation			0,103**	-0,445
Vertrauen in Institutionen			0,042	-0,674**
Gerechtigkeitsempfinden			-0,021	-0,368
Solidarität und Hilfsbereitschaft			0,007	-0,076
Anerkennung sozialer Regeln			0,111*	-0,141
Gesellschaftliche Teilhabe			-0,034	-0,307

Hinweis: Die Tabelle zeigt die Ergebnisse verschiedener Regressionsanalysen. Die abhängige Variable ist stets der AfD-Stimmanteil in 79 Regionen Deutschlands (siehe Abb. 1). a) Kontrollvariablen: Arbeitslosenquote 2016, Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2015, Flüchtlinge (Schutzsuchende) je Einwohner 2016, Bevölkerungszahl (logarithmiert), Anteil evangelischer Christen, Bevölkerungsentwicklung 1995–2015, Ehescheidungen je Einwohner, Straftaten je Einwohner, Fremdenverkehrs-Gästeübernachtungen je Einwohner, Wertschöpfungsanteil der Land- und Forstwirtschaft, Wertschöpfungsanteil der Industrie. – b) Keine Darstellung der Standardfehler. Die neun einzelnen Spezifikationen entsprechen jeweils dem Modell für das Gesamtmaß. Robuste Standardfehler im oberen Teil in Klammern. Signifikanzniveaus: * 0,1 %, ** 0,05 %, *** 0,01 %.

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

gesellschaftliche Teilhabe oder auch das materielle Gerechtigkeits- und Solidaritätsempfinden.⁵

Die AfD-Ergebnisse in Ostdeutschland sind also weniger Ergebnis eines gefühlten sozialen oder wirtschaftlichen „Abgehängt-Seins“ als vielmehr Ausdruck einer niedrigeren Toleranz gegenüber modernen Lebensformen und einer höheren Skepsis gegenüber Politikern. Dieses Ergebnis spiegelt exakt die Strategie moderner rechtspopulistischer Parteien wider, deren Kampagnen genau auf Zuwanderungsskepsis und Anti-Establishment-Rhetorik aufbauen. Der Rechtspopulismus ist ein auf kulturelle und weniger auf materielle Aspekte fokussierter Populismus (Inglehart und Norris 2016). Wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen mit dem Ziel einer stärkeren Umverteilung dürften also nur begrenzt wirksam sein, will man dem Populismus in seiner gegenwärtigen Ausprägung entgegentreten. Vielmehr ist es wichtig, in Ostdeutschland verlorenes politisches Vertrauen in eine positive Zukunftsentwicklung sowie in ehren- und hauptamtliche Mandatsträger neu aufzubauen und auch dem verbreiteten Gefühl einer „Fremdbestimmung“ entgegentreten. Eine aktive Beteiligung der Bevölkerung, eine starke lokale Verankerung von politischen Entscheidern und Entscheidungen (Rösel und Sonnenburg 2016, Blesse und Rösel 2017) sowie gesellschaftliche Projekte zur Förderung von Toleranz könnten mögliche Wege zur Stärkung der Zivilgesellschaft sein.

FAZIT

In diesem Beitrag haben wir gezeigt, dass ein schwächerer gesellschaftlicher Zusammenhalt mit höheren Wahlergebnissen für die AfD einhergeht. Dies gilt allerdings nur für Ostdeutschland, nicht für Westdeutschland, und auch im Osten nur für bestimmte Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die AfD ist im Osten dort besonders stark, wo es an gesellschaftlicher Toleranz und am Vertrauen in politische Institutionen fehlt. Die Zuwanderungsskepsis und Anti-Establishment-Rhetorik der AfD nutzt genau diese Schwachstellen im „sozialen Kitt“. Die Wahrnehmung ökonomischer Ungerechtigkeit und die Stärke sozialer Netze vor Ort spielen dagegen eine eher untergeordnete Rolle. Will man populistischen Tendenzen entgegentreten, muss vielmehr verlorenes

politisches Vertrauen in eine positive Zukunftsentwicklung und politische Institutionen neu aufgebaut werden. Höhere Infrastrukturausgaben dürften eher an der eigentlichen Problemlage vorbeigehen.

LITERATUR

- Arant, R., Dragolov, G. und K. Boehnke (2017a), Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Arant, R., Dragolov, G. und K. Boehnke (2017b), Codebuch: Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Blesse, S. und F. Rösel (2017), „Was bringen kommunale Gebietsreformen? Kausale Evidenz zu Hoffnungen, Risiken und alternativen Instrumenten“, Perspektiven der Wirtschaftspolitik 18 (4), S. 307–324.
- Franz, C., Fratzscher, M. und A. Kritikos (2018), „AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker“, DIW Wochenbericht 8/2018, S. 135–144.
- Inglehart, R. und P. Norris (2016), Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic Have-Nots and Cultural Backlash, Harvard Kennedy School Faculty Research Working Paper Series 16-026, Harvard, Cambridge.
- Minkenberg, M. (2002), „The Radical Right in Postsocialist Central and Eastern Europe: Comparative Observations and Interpretations“, East European Politics and Societies 16 (2), S. 335–362.
- Rösel, F. und J. Sonnenburg (2016), „Politisch abgehängt? Kreisgebietsreformen und AfD-Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern“, ifo Dresden berichtet 24 (6), S. 6–13.

- 1 Der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland im durchschnittlichen Maß für den gesellschaftlichen Zusammenhalt beträgt $62,1 - 58,2 = 3,9$. Wenn der Effekt von gesellschaftlichem Zusammenhalt und AfD-Stimmanteilen 1,13 beträgt, so können wir $3,9 \times 1,13 = 4,4$ Prozentpunkte des Unterschiedes im AfD-Stimmverhalten zwischen Ost und West (10,8 Prozentpunkte) auf Unterschiede im gesellschaftlichen Zusammenhalt zurückführen. Dies sind etwa 40%.
- 2 Dies gilt auch, wenn wir nur solche westdeutschen Regionen betrachten, die innerhalb des Wertebereichs des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Ostdeutschland liegen (hier nicht dargestellt).
- 3 Arant et al. (2017a, S. 25) definieren Akzeptanz von Diversität wie folgt: „Die Menschen akzeptieren Personen mit anderen Wertvorstellungen und Lebensweisen als gleichberechtigten Teil der Gesellschaft.“ Vertrauen in Institutionen bedeutet: „Die Menschen haben großes Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen.“
- 4 Die Studienteilnehmer wurden etwa befragt, ob sie einen Homosexuellen, einen Ausländer bzw. einen Menschen mit einem anderen Lebensstil als Nachbarn akzeptieren würden.
- 5 Für die Definitionen siehe Arant et al. (2017a, S. 25) sowie Arant et al. (2017b).

David Bauer und Joachim Ragnitz*

Schrumpfung von EU-Mitteln nach 2020: Herausforderungen für die sächsische Förderpolitik

Der Freistaat Sachsen hat in der Vergangenheit erheblich von Fördermitteln des Bundes und der Europäischen Union profitieren können. Diese dürften in den kommenden Jahren aber deutlich zurückgehen. In diesem Beitrag erarbeiten wir für den Freistaat Sachsen auf Basis einer Abschätzung zur künftigen Fördermittelausstattung aus den ESI-Fonds und einer SWOT-Analyse Handlungsstrategien zur Priorisierung politischer Ausgabenfelder. Im Ergebnis sollte die künftige sächsische Förderpolitik insbesondere die Stärken und Chancen der sächsischen Wirtschaft in den Fokus nehmen. Besonders bedeutsam dürften demnach Ausgaben für Bildung, Forschung, Innovation und Infrastrukturinvestitionen sein.

In der künftigen Förderperiode dürften die Zuweisungen für den Freistaat Sachsen drastisch zurückgehen. Auch wenn der künftige finanz- und förderpolitische Rahmen bislang nur in Umrissen erkennbar ist, sind die grundlegenden Tendenzen offenkundig und bedürfen im Sinne einer vorausschauenden Politik schon heute sachgerechter Antworten. Vor diesem Hintergrund dürfte eine Priorisierung förderpolitisch relevanter Ausgabenbereiche unvermeidlich sein.

In den letzten Jahren wurden dem Freistaat Sachsen in hohem Umfang Zuweisungen von Seiten des Bundes und der Europäischen Union gewährt. Einen wesentlichen Beitrag leisteten bspw. die Mittel aus dem Solidarpakt II, die zur Finanzierung von Investitionsausgaben des Freistaates und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft verwendet wurden. Zudem wurde der wirtschaftliche Aufholprozess in Sachsen in erheblichem Maße durch die gemeinsam mit dem Bund bzw. der EU aufgelegten Förderprogramme unterstützt. Zu nennen sind hier insbesondere die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW), die von Bund und Ländern jeweils hälftig finanziert wird (Haushaltsplanansatz 2017: 242 Mill. Euro), und die verschiedenen kohäsionspolitischen Förderprogramme, die aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) mitfinanziert werden (Haushaltsplanansatz 2017: 198,1 Mill. Euro). Diese EU-Mittel stehen im Fokus der vorliegenden Untersuchung.

Nicht zuletzt aufgrund der gezielt auf bestehende Problemlagen ausgerichteten Förderstrategie wurden in den vergangenen 27 Jahren in Sachsen große Fortschritte erzielt – nicht nur im Vergleich zur Ausgangslage 1991, sondern auch im Vergleich zu anderen strukturschwachen Regionen in Deutschland und Europa. Im Sinne der kohäsionspolitischen Ziele der Europäischen Union haben sich die sächsische Wirtschaftskraft und die Beschäftigungssituation erheblich verbessert. Nicht zu verkennen sind allerdings die nach wie vor bestehenden strukturellen Schwächen der sächsischen Wirt-

schaft (wie die eher kleinbetriebliche Struktur und die daraus resultierend immer noch niedrige Innovations- und Exportleistung). Zudem ist die Wirtschaft Sachsens weiterhin risikofähig gegenüber den sich abzeichnenden „Megatrends“ der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (wie Demographie, Globalisierung, Digitalisierung und Urbanisierung). Hieraus resultieren auch in Zukunft Handlungsbedarfe in der Wirtschafts- und Förderpolitik.

Darauf basierend nehmen wir im Rahmen dieser Arbeit¹ eine Abschätzung der künftigen Förderbedarfe zur Sicherung und weiteren Stärkung der sächsischen Wirtschaft vor. Zudem ermitteln wir, in welchem Umfang finanzielle Mittel des Bundes und insbesondere der EU künftig überhaupt zur Finanzierung von Förderprogrammen zur Verfügung stehen und welche Optionen bestehen, auf die künftige Mittelverteilung Einfluss zu nehmen. Darüber hinaus erarbeiten wir förderpolitische Strategien, die mit Blick auf die fortbestehenden strukturellen Schwächen der sächsischen Wirtschaft sinnvoll sein können und die auch zur Erreichung nationaler und europäischer Zielsetzungen beitragen können.

FÖRDERMITTELAUSSTATTUNG KÜNFTIG DEUTLICH GERINGER

Sachsen erhält derzeit in erheblichem Umfang Mittel aus den verschiedenen Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI), d. h. dem EFRE, dem ESF und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). In der laufenden Förderperiode 2014–2020 belaufen sich diese insgesamt auf rd. 3,63 Mrd. Euro. Kohäsionspolitisch relevant sind dabei insbesondere die ESI-Mittel aus dem EFRE bzw. dem ESF, da der ELER in erster Linie sektorspezifische Zielsetzungen verfolgt. In der gegenwärtigen

* David Bauer ist Doktorand und Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Förderperiode (2014-2020) erhält der Freistaat Sachsen mit etwa 2,75 Mrd. Euro gut 0,85% der in der EU insgesamt verausgabten Fördermittel aus EFRE und ESF (Angaben in Preisen von 2011). Hiervon entfallen rd. 2,44 Mrd. Euro, damit 88,5% der von der EU zur Verfügung gestellten Fördermittel auf die Übergangsregionen Dresden und Chemnitz. Die verbleibenden 11,5% sind für die stärker entwickelte Region Leipzig vorgesehen.² Die Infobox gibt hierbei einen groben Umriss über die konkrete Verteilung der Mittelzuweisungen; eine detaillierte Darstellung geben Bauer et al. (2018).

Infobox: Methodik zur Verteilung der ESI-Mittel in der aktuellen Förderperiode

Die Verteilung der ESI-Mittel ist in Anhang VII bzw. VIII zu Artikel 91 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und Rates zur gemeinsamen Bestimmung über die ESI-Fonds geregelt. Unterschieden wird dabei zwischen drei Regionstypen, die ausschließlich anhand des Bruttoinlandsprodukts (BIP) je Einwohner in Kaufkraftstandards (KKS) verglichen zum EU-Durchschnitt abgegrenzt werden: *Weniger entwickelte Regionen* sind NUTS-2-Gebiete, die ein Pro-Kopf-BIP von weniger als 75% des EU-Durchschnitts aufweisen. Insgesamt werden 52,5% der verfügbaren ESI-Mittel im Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ auf diese Regionen verteilt, wobei der auf eine Region entfallende Anteil in Abhängigkeit vom Abstand ihres BIP je Einwohner zum EU-Durchschnitt festgelegt wird. Als *Übergangsregionen* werden Gebiete angesehen, in denen das Pro-Kopf-BIP mindestens bei 75%, maximal aber bei 90% des EU-Durchschnitts liegt. Die Übergangsregionen erhalten insgesamt 10,2% der ESI-Mittel, die Verteilung erfolgt auch hier in Abhängigkeit von der Wirtschaftskraft der jeweiligen Region. Als *stärker entwickelte Regionen* werden schließlich NUTS-2-Regionen mit einem Pro-Kopf-BIP von mehr als 90% des EU-Durchschnitts klassifiziert. Das für diese Regionen verfügbare Fördervolumen beläuft sich derzeit auf 15,7% aller im Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ verteilten ESI-Mittel; die Aufteilung auf die einzelnen Regionen orientiert sich an einer Reihe (sozio-)ökonomischer Indikatoren, die in Zusammenhang mit den Europa-2020-Zielen stehen.

Unter der Annahme, dass auch künftig die in der laufenden Förderperiode angewendeten Kriterien und Indikatoren herangezogen werden, simulieren wir das Volumen der ESI-Förderung für Sachsen in der Förderperiode 2021–2027.³ Es zeigt sich, dass Sachsen ab 2021 deutlich weniger ESI-Mittel erhalten wird als aktuell (vgl. Tab. 1). Das verfügbare Mittelvolumen in der kommenden Förderperiode (2021–2027) beträgt den Simulationsergebnissen zufolge nur noch ca. 400 Mill. Euro (ebenfalls in Preisen von 2011). Damit erhält der Freistaat Sachsen nur noch 14% des für 2014–2020 bereitgestellten Betrags. Hierfür sind vornehmlich die gegenüber dem EU-Durchschnitt günstigere Entwicklung der sächsischen Regionen sowie der Austritt Großbritanniens als bisheriger Nettoszahler aus der EU ursächlich (für detaillierte Ergebnisse vgl. Bauer et al. 2018).⁴

Angesichts dieser Perspektiven wäre es eine Möglichkeit, durch Veränderung des Kriterienrasters einen höheren Mittelanteil für Sachsen zu generieren. Hier wäre z. B. an die Einbeziehung von Indikatoren zur alternden (Erwerbs-)Bevölkerung zu denken. Zwar würde eine solche Modifikation des Indikatorensystems Sachsen begünstigen; die Effekte sind jedoch verhältnismäßig klein und reichen auf keinen Fall aus, den zu erwartenden Verlust an Fördermitteln zu kompensieren. Vermutlich gar nicht profitieren dürfte Sachsen von einer Berücksichtigung anderer demographischer Indikatoren (wie z. B. die Veränderung der Bevölkerungs- bzw. Erwerbspersonenzahl), da andere Regionen in Europa diesbezüglich noch stärker betroffen sind.

Es ist insoweit kaum damit zu rechnen, dass sich die Position Sachsens im Hinblick auf die künftige Verfügbarkeit von EU-Mitteln grundlegend bessern dürfte. Will der Freistaat die bislang über EU-Mittel finanzierten Programme fortsetzen, müssten hierfür also in erheblichem Maße eigene Mittel eingesetzt werden – was angesichts eines geringen Anteils nicht durch Pflichtaufgaben gebundener Gelder im Landeshaushalt wenig realistisch erscheint. Wahrscheinlicher ist es daher, dass die Fördermöglichkeiten insgesamt eingeschränkt werden müssen. Eine „Priorisierung“ von Fördermitteln erscheint daher notwendig und wird nachfolgend diskutiert.

AUSGABEN IN BILDUNG UND INFRASTRUKTIVINVESTITIONEN PRIORISIEREN

Die Wirtschafts- und Förderpolitik kann grundsätzlich zwei verschiedene Strategien verfolgen, nämlich die Schwächen einer Region zu verringern oder die bereits vorhandenen Stärken auszubauen. Zukunftsgerichtete Politik muss darüber hinaus versuchen künftige Entwicklungen der Rahmenbedingungen zu antizipieren, um potenzielle Chancen auszuloten bzw. etwaige Risiken zu vermeiden. Auch wenn dieses Idealbild „rationaler“ Wirtschaftspolitik in seiner Reinform selten realisiert werden dürfte, haben wir im Rahmen dieser Arbeit eine SWOT-Analyse zur sächsischen Wirtschaft durchgeführt. Die Kernergebnisse unserer Analyse werden in Tabelle 2 zusammengefasst; eine ausführliche Darstellung geben Bauer et al. (2018).

Tabelle 2 zeigt hierbei die Stärken und Schwächen der sächsischen Wirtschaftsstruktur auf und stellt diese den Chancen und Risiken durch die den Freistaat Sachsen betreffenden globalen Megatrends gegenüber. Hieraus werden den einzelnen Handlungsstrategien („Forcieren“, „Aufholen“, „Absichern“ und „Meiden“) jene Politikfelder zugeordnet, die für die künftige Förderpolitik besonders relevant sein dürften.

Als prioritär erweist sich die Strategie „Forcieren“ als Ansatz, die Stärken zu fördern und dabei gleichzeitig die Chancen der globalen Megatrends zu nutzen. Es zeigt sich, dass insbesondere Investitionen in das Bildungssystem im Rahmen dieser Strategie vorteilhaft sind; auch die Wirtschaftsförderung kann hierfür einen Beitrag leisten. Auf der Gegenseite steht mit der Strategie „Meiden“ der Ansatz, die Reduktion von Schwächen mit der Begrenzung von Risiken zu koppeln. Bei einer solchen Strategie würde man im Wesentlichen die Anpassungsnotwendigkeiten sozialpolitisch flankieren.

Tab. 1

Ergebnisse aus der Simulationsrechnung zur künftigen Fördermittelausstattung Sachsens und deren Veränderung im Zuge eines „Brexit“ (in Mill. Euro, in Preisen von 2011)

Förderperiode	Dresden	Chemnitz	Leipzig	Sachsen	Anteil Sachsen an EFRE und ESF insgesamt
2014–2020	2 436 ^a		316	2 752	0,85 %
2021–2027 (exkl. UK)	113	199	68	380	0,10 %
Effekt der positiven Wirtschaftsentwicklung in Sachsen					
	2 036^a	239	2 275	-	
Effekt des Austritts Großbritanniens aus der EU („Brexit“)					
Insgesamt	16	72	9	97	-
davon:					
Statistischer Effekt	8	58	5	71	-
Ausbleibende Nettobeiträge aus UK	8	13	5	26	-

Anmerkungen: UK = Großbritannien. a) Angaben für die Übergangsregionen Dresden und Chemnitz nicht gesondert verfügbar.

Quelle: Eurostat, SMWA (2014a, b), Verordnung (EU) Nr. 1303/2013, Art. 90, 91 sowie Anhang VII; Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 2

Ergebnisse aus der SWOT-Analyse der sächsischen Wirtschaft und daraus abgeleitete prioritäre Politikfelder

	Chancen	Risiken
	<ul style="list-style-type: none"> • Neue Konsummärkte durch Verschiebung der Altersstrukturen • Neue Absatzmärkte durch eine global wachsende Mittelschicht • Wachstumschancen durch die Generierung, Herstellung und Anwendung neuer Technologien • Urbane Zentren als kreative Räume der Vernetzung (Netzwerke/Cluster) • Innovative Lösungsansätze zur Anpassung an Umwelt- und Klimawandel • Nutzung neuer Energiequellen und Antriebssysteme • Gesellschaftliche Veränderungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Alterung der Gesellschaft und dadurch Schrumpfung des Arbeitskräftepotenzials • Zunahme des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund und dadurch steigende Herausforderungen der Integration • Überalterung ländlicher Räume und den damit einhergehenden Disparitäten • Exklusion einzelner Gesellschaftsschichten • Forcierter Strukturwandel aufgrund der Digitalisierung • Verschärfung umweltbezogener Regularien (Strukturwandel in den betroffenen Sektoren)
Stärken <ul style="list-style-type: none"> • Hohe Wachstums- und Beschäftigungsdynamik bei geringer regionaler Ungleichheit • Agglomerierte Siedlungsstruktur • Hohe öffentliche FuE-Aufwendungen • Gefestigte Industriestruktur mit Innovationspotenzial • Hohe Qualität der Bildungsabschlüsse • Solide Staatsfinanzen (hohe Investitionsausgaben, niedrige Staatsverschuldung) 	Strategie „Forcieren“: Stärken fördern, Chancen nutzen <ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftsförderung • Bildung 	Strategie „Absichern“: Stärken fördern, Risiken begrenzen <ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftsförderung • Sozialpolitische Leistungen • Öffentliche Infrastrukturinvestitionen
Schwächen <ul style="list-style-type: none"> • Unverändert niedrige Wirtschafts- und Steuerkraft bei hoher Arbeitslosigkeit • Kleinteiligkeit der Wirtschaft (damit verbunden: schwächere Exportorientierung, geringere Aufstiegsperspektiven, geringere private FuE-Aufwendungen) • Hohes Durchschnittsalter der Beschäftigten und der Bevölkerung • Nichtausschöpfen der Bildungspotenziale • Mangelnde Verfügbarkeit von Hochgeschwindigkeits-Breitbandverbindungen 	Strategie „Aufholen“: Schwächen reduzieren, Chancen nutzen <ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftsförderung • Bildung • Förderung privater FuE 	Strategie „Meiden“: Schwächen reduzieren, Risiken begrenzen <ul style="list-style-type: none"> • Gesundheitswesen • Sozialpolitische Leistungen • Öffentliche Infrastrukturinvestitionen

Anmerkungen: FuE = Forschung und Entwicklung

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Die beiden anderen Strategien („Aufholen“ und „Absichern“) sind zwar nicht als prioritär anzusehen, würden sich aber vornehmlich an den gleichen Fördergegenständen orientieren wie die bevorzugte Strategie „Forcieren“. Insoweit kann eine insbesondere auf Bildung und Innovation ausgerichtete Förderpolitik verschiedene strategische Felder abdecken.

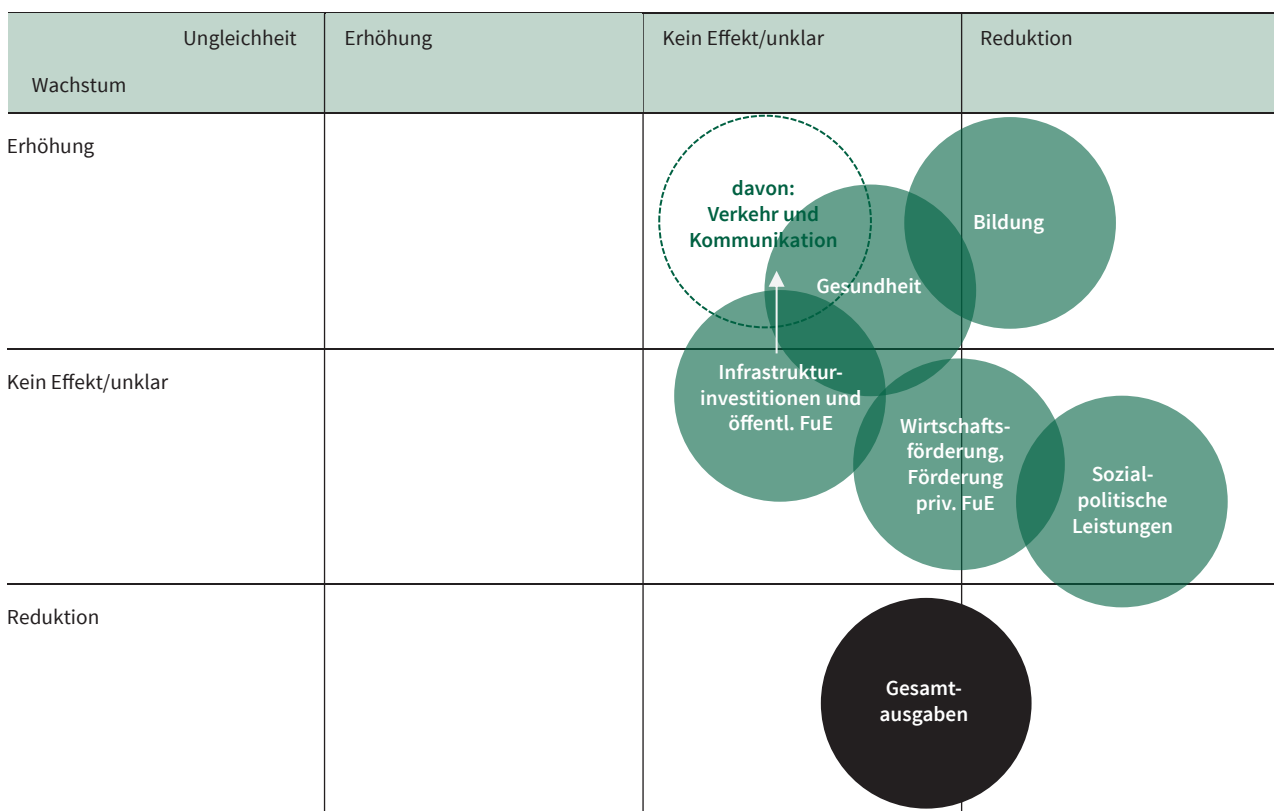
Es ist angesichts des erwartbar starken Rückgangs von ESI-Mitteln indes anzunehmen, dass auch innerhalb der in der SWOT-Analyse identifizierten Strategie „Forcieren“ eine Priorisierung von Verwendungszwecken vorzunehmen ist. Hierfür ist ein ergänzendes Kriteriensystem notwendig, mit dem Schwerpunkte einer künftigen Förderstrategie für Sachsen ermittelt werden können. Vor dem Hintergrund der Europa-2020-Ziele, aber auch der allgemeinen politischen Diskussion im Freistaat Sachsen sind hierbei insbesondere zwei Wirkungsdimensionen zu berücksichtigen: Gesamtwirtschaftliche Prosperität (Wachstum) und gesellschaftliche Kohäsion bzw. Teilhabe auf regionaler und/oder gesellschaftlicher Ebene (Ungleichheit). Hierzu werten wir Ergebnisse der relevanten Literatur aus.

Zwar erlauben die vorliegenden Untersuchungen zum Zusammenhang von staatlichen Ausgaben und gesellschaftlich definierten Zielen im Regelfall keine kausale Interpretation. Jedoch sind die nachfolgend abgeleiteten Ergebnisse geeignet für eine Diskussion zur Priorisierung von Maßnahmen. Eine große Zahl von Studien befasst sich mit dem Zusammenhang zwischen den staatlichen Gesamtausgaben bzw. deren Anteil an der Wirtschaftsleistung (Staatsquote) und dem Wirtschaftswachstum. Nahezu sämtliche Studien

konstatieren hierbei einen stabilen negativen Zusammenhang von Staatsquote und Wirtschaftswachstum (für einen Literaturüberblick vgl. Thöne und Krehl 2015). Dem steht nach Fournier und Johansson (2016) eine zumindest moderate ungleichheitsreduzierende Wirkung gegenüber. Abbildung 1 illustriert diese Studienergebnisse durch den schwarz gefüllten Kreis im unteren Darstellungsbereich. Eine pauschale Erhöhung sämtlicher staatlichen Ausgaben dürfte daher regelmäßig sowohl Wachstums- als auch Verteilungswirkungen verfehlen.

Eine zielgerichtete Ausgabenpolitik sollte daher eine Gewichtung einzelner Ausgabenkategorien vornehmen. Abbildung 1 zeigt, dass eine Priorisierung bestimmter Maßnahmen zu deutlich anderen Ergebnissen als eine pauschale Erhöhung der Gesamtausgaben führen kann. Gegeben bestehender Untersuchungen fand eine Einordnung der Ausgabenkategorien gemäß ihrer vorwiegend bestimmten Wirkung auf Wachstum und Ungleichheit statt; im Detail diskutieren dies Bauer et al. (2018). So besteht zwischen Bildungsausgaben und Wirtschaftswachstum ein klar positiver und langfristiger Zusammenhang (Thöne und Krehl 2015; Gemmill et al. 2016). Zugleich können Bildungsinvestitionen eine ungleichheitsreduzierende Wirkung entfalten, z. B. wenn höhere Bildungsausgaben zu einer Verbesserung der sozialen oder beruflichen Mobilität führen (Johansson 2016). Ähnliche, wenngleich nicht unbedingt ungleichheitsreduzierende Befunde sind für Gesundheitsausgaben zu konstatieren. Sozialpolitische Leistungen dürften hingegen lediglich die Ungleichheit senken (siehe z. B. Fournier und Johansson 2016; Gemmill et al. 2016).

Abb. 1
Evidenz zu Wachstums- und Verteilungswirkungen staatlicher Ausgaben



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

Zu öffentlichen Infrastrukturinvestitionen sowie öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) zielt die Empirie lediglich auf Wachstumswirkungen ab, die vorwiegend einen positiven Zusammenhang vermuten lassen (Thöne und Krehl 2015). Hierbei stechen nochmals deutlich die Ausgaben für Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur heraus, für die Gemell et al. (2016) die höchsten Wachstumswirkungen sämtlicher staatlichen Ausgabebereiche konstatieren. Untersuchungen zu Verteilungswirkungen von öffentlichen FuE-Ausgaben fehlen bis dato.

Ungleichheitsreduzierend wirken hingegen staatliche Wirtschaftsfördermaßnahmen bzw. die Förderung privater FuE (Fournier und Johansson 2016); die Wachstumswirkungen sind jedoch nicht eindeutig. Nicht zu vernachlässigen ist allerdings die Rolle staatlicher Institutionen und des Humankapitals bei der Transmission staatlicher Ausgaben in ökonomische Wirkungen. Wirtschaftsförderung kann dann Wachstumswirkungen entfalten, wenn sie in einen Ordnungsrahmen eingebettet ist, der Missbrauch und Mitnahmeeffekte möglichst reduziert und Innovation und Entwicklung forciert (Becker et al. 2013; Fournier und Johansson 2016).

Auf Basis der empirischen Befunde der einschlägigen Literatur kann eine Priorisierung öffentlicher Ausgaben vorgenommen werden. Hierbei verdeutlicht Tabelle 3 für die meisten Ausgabebereiche den Trade-Off zwischen Wachstums- und Ungleichheitszielen. Öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, insbesondere in Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, sind bspw. geeignet, Wachstumswirkungen zu entfalten, wirken aber weitgehend neutral bezüglich der gesellschaftlichen Ungleichheit. Umgekehrt sind sozialpolitische Leistungen mit neutralen bis leicht negativen Wachstumswirkungen verbunden, vermindern jedoch deutlich die Ungleichheit. Die einzige Ausnahme bilden Bildungs- und teilweise auch Gesundheitsausgaben, die gleichzeitig einen Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum wie auch zur Reduktion der Ungleichheit beitragen können (sogenanntes „inklusive Wachstum“). Insgesamt bietet Tabelle 3 einen Ansatzpunkt zu einer – je nach gewünschter Wirkungsrichtung – möglichen Priorisierung für die bestmögliche Nutzung von Fördermitteln.

Die dargestellten Priorisierungsmöglichkeiten können nunmehr vor dem Hintergrund der skizzierten Handlungsstrategien zur Festigung und Verstetigung der Entwicklung in Sachsen gesehen werden. Als prioritär mit Blick auf das vor-

rangige Strategiefeld „Forcieren“ wurde dabei neben den Bildungsausgaben vor allem die Wirtschaftsförderung identifiziert. Letztere wirkt jedoch vornehmlich ungleichheitsreduzierend (vgl. Tab. 3), ist aber nur bedingt wirksam zur Wachstumsstimulation. Vor diesem Hintergrund sind innerhalb der Strategie „Forcieren“ Maßnahmen im Bereich der Bildung besonders hervorzuheben, da diese sowohl mit Blick auf Wachstums- als auch auf Ungleichheitsaspekte eine hohe Wirksamkeit entfalten. Öffentliche Infrastrukturinvestitionen wiederum, denen nach den Ergebnissen der Literaturlauswertung eine hohe Wachstumswirksamkeit zugeschrieben wird, scheinen mit Blick auf die Strategie „Forcieren“ weniger bedeutsam, insbesondere, weil Sachsen hier bereits einen hohen Ausbauzustand erreicht hat.⁵

Nicht zu vernachlässigen sind indes auch die Strategien „Absichern“ und „Aufholen“, die die in den vergangenen Jahren erreichte Entwicklung festigen und gegen externe Risiken absichern sollen. Diese beiden Strategien sind insbesondere mit sozialpolitischen Leistungen und Ausgaben für die Wirtschaftsförderung verbunden, die eine Ungleichheitsreduktion, jedoch keine größeren Wachstumswirkungen entfalten dürften (vgl. wiederum Tab. 3). Eine entsprechende Priorisierung von Mitteln erscheint in diesem Zusammenhang riskant. Eine Vernachlässigung spezifischer Ausgabefelder, so z. B. die Förderung privater FuE, könnte allerdings zu Einbußen bei wichtigen Zielgrößen (Wachstums- oder Umverteilungszielen) und notwendigen Handlungsbedarfen führen. Vor diesem Hintergrund bedarf jede Priorisierung einer außerordentlich sorgsam Abwägung, um die in den vergangenen Jahren erreichten wachstums- und kohäsionspolitischen Erfolge in Sachsen nicht zu gefährden.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Der Freistaat Sachsen hat in der Vergangenheit in erheblichem Umfang von der finanziellen Unterstützung des Bundes und der Europäischen Union profitieren können. Künftig dürfte sich die sächsische Mittelausstattung jedoch deutlich reduzieren. Zudem wird der Freistaat aufgrund seiner besonderen wirtschaftlichen Charakteristika sowie der sich verstärkenden globalen Megatrends wie dem demographischen Wandel, der Globalisierung, der Digitalisierung und der Urbanisierung vor völlig neue und zusätzliche Herausforderungen gestellt. Diese Herausforderungen könnten ohne aktive poli-

Tab. 3
Priorisierung von Ausgabefeldern nach intendierter Wirkungsrichtung

	Wachstum	Ungleichheit
Hohe Priorität	<ul style="list-style-type: none"> • Bildung • Öffentliche Infrastrukturinvestitionen (insbesondere Ausgaben für Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur), öffentliche FuE • Gesundheit • Wirtschaftsförderung, Förderung privater FuE • Sozialpolitische Leistungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Sozialpolitische Leistungen • Bildung • Wirtschaftsförderung, Förderung privater FuE • Gesamtausgaben • Gesundheit • Öffentliche Infrastrukturinvestitionen (insbesondere Ausgaben für Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur), öffentliche FuE^a
Geringere Priorität	<ul style="list-style-type: none"> • Gesamtausgaben 	

Anmerkungen: FuE = Forschung und Entwicklung. – a) Bisher keine empirische Evidenz vorhanden. Ungleichheitswirkungen werden analog öffentlicher Infrastrukturinvestitionen angenommen.

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

tische Begleitung die erfolgreiche Entwicklung der vergangenen Jahre zusätzlich infrage stellen.

Eine Priorisierung von Mitteln ist daher unvermeidlich. Wie genau diese aussehen kann, ist indes allein eine Entscheidung der Politik. Im Ergebnis sind vor allem Maßnahmen im Bereich der Bildung besonders zu priorisieren. Diese dürften sowohl mit Blick auf die empfohlene Handlungsstrategie „Forcieren von Stärken“ als auch mit Blick auf die von der EU vorgegebenen Wachstums- und Ungleichheitsziele eine hohe Wirksamkeit entfalten. Trotz dieser Priorisierung müssen auch andere Ausgabenfelder im Blick behalten werden, um Einbußen bei wichtigen Zielgrößen und notwendigen Handlungsbedarfen zu vermeiden. Auch Ausgaben für Infrastrukturinvestitionen (einschließlich der Förderung öffentlicher FuE) sowie Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftsförderung (einschließlich der Unterstützung privater FuE) dürfen insofern nicht vernachlässigt werden. Jede Priorisierung bedarf im Ergebnis einer außerordentlich sorgsam Abwägung, um die in den vergangenen Jahren erreichten wachstums- und kohäsionspolitischen Erfolge in Sachsen nicht zu gefährden.

REFERENZEN

Bauer, D., Ochsner, C. und J. Ragnitz (2018), Strategien für die bestmögliche Ausstattung mit und Nutzung von Fördermitteln nach 2020, ifo Dresden Studie 82, ifo Institut, München/Dresden.

Becker, S., P. Egger und M. von Ehrlich (2013), „Absorptive Capacity and the Growth and Investment Effects of Regional Transfers: A Regression Discontinuity Design with Heterogeneous Treatment Effects“, *American Economic Journal: Economic Policy* 5 (4), S. 29–77.

Europäische Kommission (Hrsg.) (2017), *My Region, My Europe, Our Future. Seventh Report on Economic, Social and Territorial Cohesion*, Publications Office der Europäischen Union, Brüssel, Luxemburg.

Fournier, J. und Å. Johansson (2016), *The Effect of the Size and the Mix of Public Spending on Growth and Inequality*, OECD Economics Department Working Papers Nr. 1344, OECD Publishing.

Gemmell, N., R. Kneller und I. Sanz (2016), „Does the Composition of Government Expenditure Matter for Long-Run GDP Levels?“, *Oxford Bulletin of Economics and Statistics* 78 (4), S. 522–547.

Johansson, Å. (2016), *Public Finance, Economic Growth and Inequality: A Survey of the Evidence*, OECD Economics Department Working Paper Nr. 1346, OECD Publishing.

SMWA (Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr) (Hrsg.) (2014a), *Operationelles Programm des Freistaates Sachsen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in der Förderperiode 2014–2020*, Dresden.

SMWA (Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr) (Hrsg.) (2014b), *Operationelles Programm des Freistaates Sachsen für den ESF im Förderzeitraum 2014–2020*, Dresden.

Thöne, M. und F. Krehl (2015), *Zukunftsinvestitionen. Empirische Befunde zur Wirkung öffentlicher Ausgaben auf inklusives Wachstum, Inklusives Wachstum für Deutschland 03/2015*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

-
- 1 Der vorliegende Beitrag ist die gekürzte Fassung der sich im Erscheinen befindlichen Studie von Bauer et al. (2018), die im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei durchgeführt wurde.
 - 2 In Sachsen sind in der aktuellen Förderperiode die beiden NUTS-2-Regionen Dresden und Chemnitz als Übergangsregion klassifiziert, weil das BIP je Einwohner in Kaufkraftstandards (KKS) im Zeitraum 2007–2009 hier deutlich unterhalb des relevanten Grenzwerts von 90 % des EU-27-Durchschnitts lag. Die Region Leipzig wurde hingegen (wegen eines Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner von 90,02 % des EU-27-Durchschnitts) als stärker entwickelte Region eingestuft.
 - 3 Nicht betrachtet wird dabei die zukünftige Ausstattung mit Fördermitteln aus ELER und EMFF, da diese nach anderen (sektorspezifischen) Kriterien verteilt werden.
 - 4 Gegeben der Annahmen wird zur Feststellung der Regionstypen das mittlere BIP je Einwohner in KKS relativ zum Durchschnitt der EU-27 (ohne Großbritannien) im Zeitraum zwischen 2014 und 2016 angesetzt. Die NUTS-2-Regionen Dresden bzw. Leipzig dürften demnach mit einem Pro-Kopf-BIP von ca. 96,1 % bzw. 101,5 % des EU-27-Mittels als stärker entwickelte Regionen eingestuft werden. Chemnitz würde mit 88,6 % des EU-27-Durchschnitts weiterhin als Übergangsregion klassifiziert werden.
 - 5 Allerdings bestehen zum Teil noch Nachholbedarfe mit Blick auf den Ausbau qualitativ hochwertiger Breitbandinfrastrukturen für gewerbliche Nutzer.

Stefan Sauer, Michael Weber und Klaus Wohlrabe*

Das neue ifo Geschäftsklima Ostdeutschland und Sachsen: Hintergründe und Anpassungen

Zum April 2018 modernisierte das ifo Institut die Berechnungsregeln für sein vielbeachtetes Geschäftsklima. Damit trägt es der gestiegenen Bedeutung des Dienstleistungssektors Rechnung. Zudem wurden das Aggregationsverfahren geringfügig vereinfacht und das Basisjahr für die Indexberechnung von 2005 auf 2015 umgestellt. Diese Änderungen haben auch Auswirkungen auf die ifo Geschäftsklimaindizes für Ostdeutschland und Sachsen, ihre Teilindizes sowie die Vergleichbarkeit zu den Indizes für Deutschland insgesamt. Die grundlegenden konjunkturellen Aussagen bleiben indes unverändert.

HINTERGRUND

Seit 1949 führt das ifo Institut in Deutschland regelmäßig Konjunkturumfragen auf Unternehmensebene durch, seit 1991 auch in den ostdeutschen Bundesländern. Die Ergebnisse erzeugen jeden Monat ein großes Medienecho, der ifo Geschäftsklimaindex gilt als der wichtigste Frühindikator für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland (vgl. z. B. WirtschaftsWoche 2014). Noch größer ist die Bedeutung der ifo Konjunkturumfragen für die subnationale Ebene wie Ostdeutschland oder Sachsen, denn hier stehen zahlreiche andere wichtige Konjunkturindikatoren, insbesondere jene der amtlichen Statistik, gar nicht oder nicht in der benötigten Frequenz und Aktualität zur Verfügung. Selbst der wichtigste Konjunkturindikator – das vierteljährlich berechnete Bruttoinlandsprodukt – wird von der amtlichen Statistik für die einzelnen Bundesländer aus methodischen Gründen nicht ausgewiesen.¹ Gegenüber anderen Konjunkturindikatoren zeichnen sich die ifo Konjunkturumfragen durch vier weitere Vorteile aus:

- Die Daten werden monatlich erhoben und veröffentlicht.
- Alle Befragungsergebnisse stehen ohne Zeitverzögerung zur Verfügung.
- Nahezu alle Angaben sind saisonbereinigt, wodurch sich das unterjährige konjunkturelle Verlaufsbild besser identifizieren lässt.
- Rückwirkende Revisionen entfallen, da die teilnehmenden Unternehmen Daten nicht nachmelden oder nachträglich korrigieren können.

Damit bilden die Ergebnisse der ifo Konjunkturumfragen seit der Wiedervereinigung eine zuverlässige und aussagekräftige Datenbasis für die regionale Konjunkturforschung in Ostdeutschland und Sachsen (vgl. Lehmann und Wohlrabe 2013, 2015, 2017; Lehmann et al. 2015). Das ifo Institut veröffentlicht die Umfrageergebnisse für Ostdeutschland und Sachsen in monatlichen Pressemitteilungen und kommentiert sie regelmäßig in der Zeitschrift *ifo Dresden berichtet* (vgl. Nauerth 2018).

In die Berechnung der Konjunkturindikatoren fließen derzeit die Antworten von etwa 1 200 ostdeutschen Unternehmen aus den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe, Handel und Bauhauptgewerbe ein, die monatlich an den ifo Konjunkturumfragen teilnehmen.

In Sachsen umfasst der Teilnehmerkreis rund 400 Unternehmen. Um aus den einzelnen Antworten ein repräsentatives Bild der konjunkturellen Entwicklung gewinnen zu können, werden die Antworten zunächst gewichtet (aggregiert) und anschließend aus den gewichteten Anteilen der „positiven“ und „negativen“ Antworten Salden gebildet. Schließlich werden die Salden auf ein Basisjahr normiert, um bspw. den ifo Geschäftsklimaindex zu berechnen.

Um die hohe Qualität und Aussagekraft der ifo Konjunkturindikatoren auch zukünftig zu sichern, hat das ifo Institut zum April 2018 diese Berechnungsregeln geringfügig angepasst:

1. Hauptansatzpunkt auf der regionalen Ebene war das Aggregationsverfahren, das im Detail geändert wurde. Die Gewichtung der einzelnen Unternehmensmeldungen (Mikrodaten) für die Berechnung der ifo Konjunkturindikatoren erfolgt nunmehr in einem Schritt statt bisher zwei Schritten. Die weitere Berechnung der Indikatoren aus den Salden der gewichteten Unternehmensmeldungen blieb demgegenüber unverändert.
2. Alle Zeitreihen wurden rückwirkend mit der angepassten Gewichtungsmethodik neu berechnet. Dabei flossen einmalig auch Antworten ein, die in der Vergangenheit erst nach Ablauf des monatlichen Erhebungszeitraums von den Unternehmen gemeldet worden waren und daher bisher nicht in der Berechnung der ifo Konjunkturindikatoren berücksichtigt werden konnten.
3. Das Basisjahr für die Indexberechnung wurde von 2005 auf 2015 angepasst.
4. Auf der Bundesebene wurde das ifo Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft zudem um den Dienstleistungssektor erweitert. Auf der regionalen Ebene befinden sich entsprechende Zeitreihen noch im Aufbau. Eine Einführung der Dienstleister und eines entsprechend erweiterten Geschäftsklimaindex auf der regionalen Ebene ist für Anfang 2019 geplant.

* Dr. Klaus Wohlrabe ist Stellvertretender Leiter des ifo Zentrums für Makroökonomik und Befragungen und Stefan Sauer ist Fachreferent für die Koordination der ifo Konjunkturumfragen am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. Dr. Michael Weber ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Niederlassung Dresden des ifo Instituts.

Im Folgenden erläutern wir die einzelnen Änderungen und ihre Auswirkungen auf die neu berechneten Zeitreihen für Ostdeutschland und Sachsen genauer. Weitere Hinweise sowie Ergebnisse für die Bundesebene stellen Sauer und Wohlrabe (2018a) bereit.

ANPASSUNG DER AGGREGATIONSREGELN

Die Aggregation der einzelnen Unternehmensmeldungen richtet sich nach der offiziellen Wirtschaftszweigklassifikation WZ2008 des Statistischen Bundesamtes (vgl. Statistisches Bundesamt 2008). Jede Firmenmeldung wird zunächst einer Wirtschaftsabteilung auf der Zwei-Steller-Ebene zugeordnet (im Verarbeitenden Gewerbe wären dies etwa die Wirtschaftsabteilungen Maschinenbau oder Fahrzeugbau) und bekommt je nach Unternehmensgröße ein individuelles Gewicht zugewiesen. Die Antworten größerer Unternehmen erhalten somit ein höheres Gewicht als die kleinerer Firmen. Anschließend werden die Salden der Zwei-Steller berechnet und gemäß dem regionalen Umsatzanteil zur Wirtschaftsbereichsebene (Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe und Handel) aggregiert. Die Wirtschaftsbereiche werden dann anhand ihrer Wertschöpfung zu den Gesamtindikatoren für die gewerbliche Wirtschaft zusammengefasst. Sauer und Wohlrabe (2018a) beschreiben dieses Verfahren im Detail.

Grundsätzlich wäre es auch denkbar, zunächst Salden für die Drei-Steller-Ebene oder noch tiefer gegliederte Ebenen zu bilden und diese dann zum Zwei-Steller zusammenzufassen, statt Salden von aggregierten Unternehmensmeldungen zu berechnen. Das Problem hierbei ist jedoch die Besetzung des Panels für die Unteraggregate. Die Panelbesetzung ändert sich im Zeitablauf, etwa wenn Unternehmen neu für die ifo Konjunkturumfragen gewonnen werden konnten oder wenn andere Unternehmen ihre Teilnahme an den Befragungen vorübergehend oder dauerhaft einstellen. Insbesondere bei regionalen Auswertungen können dadurch in einzelnen Unteraggregaten im Zeitablauf zu wenige Unternehmen enthalten sein. Der entsprechende Saldo würde dann die wirtschaftliche Entwicklung womöglich nicht mehr akkurat darstellen. Es bestünde somit die Möglichkeit, dass durch eine Aggregation der Salden der Unteraggregate auch die Ergebnisse der oberen Aggregate verzerrt werden.

Für die Bestimmung der individuellen Firmengewichte wurden die Befragungsteilnehmer bisher anhand ihrer Größe zunächst in eine von sechs Größenklassen mit verschiedenen hohen Gewichten eingeteilt. Die Gewichte der verschiedenen Größenklassen waren dabei allerdings nicht in jedem Monat fix, sondern wurden je nach Besetzung mit Hilfe von Korrekturfaktoren gegebenenfalls nach oben oder unten korrigiert. Damit sollte verhindert werden, dass eine Größenklasse unter- oder überrepräsentiert ist. Dies diente einer möglichst genauen Nachbildung der Wirklichkeit, hatte jedoch den Nachteil, dass die Bestimmung der Korrekturfaktoren nur mit komplexen Schätzungen möglich war. Das machte die Pflege der Aggregationsregeln sehr aufwendig und brachte sogar das Risiko von Verzerrungen mit sich. Um dieses Problem abzumildern, verzichtet das ifo Institut künftig komplett auf diese Korrekturfaktoren, sondern bestimmt die individuellen Gewichte für jedes Unternehmen direkt aus Gewichtungs-

merkmalen, die einmal pro Jahr im Rahmen der Konjunkturumfragen erhoben werden. Im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe werden die Mitarbeiterzahlen der Unternehmen als Gewichtungsmerkmal herangezogen, im Handel dagegen die jeweiligen Jahresumsätze.

RÜCKRECHNUNG ALLER ZEITREIHEN BIS 1991

Die zuvor erläuterte Änderung im Aggregationsverfahren führte dazu, dass alle Zeitreihen, die im Rahmen der ifo Konjunkturumfragen erstellt werden, rückwirkend ab 1991 neu berechnet wurden. Dies betraf also nicht nur die meist beachteten Indikatoren Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen, sondern z. B. auch die Fragen zur Entwicklung von Preisen und Produktion im Vormonat, zur erwarteten Entwicklung von Exporten und Beschäftigung oder zur Lagerhaltung. Im Rahmen dieser Rückrechnung wurde auch die Mikrodatenbank angepasst. So kommt es in jedem Monat vor, dass Firmenmeldungen erst nach der Berechnung der verschiedenen Indikatoren eingehen und dadurch keine Berücksichtigung mehr in den Umfrageergebnissen finden. Diese zeitverzögerten Antworten, die in der Regel aber weniger als ein Prozent der Gesamtmeldungen ausmachen, sind in der Datenbank vorhanden und wurden nun einmalig ex post für die Rückrechnung berücksichtigt.

VERGLEICH DER ZEITREIHEN NACH NEUEM UND ALTEM AGGREGATIONSVERFAHREN

In Abbildung 1 sind für die drei Hauptindikatoren (Klima, Lage und Erwartungen) der gewerblichen Wirtschaft Ostdeutschlands und Sachsens die Zeitreihen jeweils nach alter (grau) und neuer Aggregation (grün) dargestellt.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich an den grundsätzlichen Verläufen der Zeitreihen für Ostdeutschland und Sachsen durch die Rückrechnung nur sehr wenig geändert hat. Lediglich in den 1990er Jahren zeigen die sächsischen Zeitreihen deutlichere Abweichungen im Niveau, wenn auch nicht im trendmäßigen Verlauf. In Tabelle 1 sind die entsprechenden Korrelationen zwischen den Zeitreihen nach neuer und alter Aggregation dargestellt. Die Werte sind durchweg sehr hoch und alle größer als 0,98; sie spiegeln damit einen fast perfekt gleichgerichteten Verlauf von alten und neuen Zeitreihen wider. Für Sachsen sind die Korrelationen nur geringfügig niedriger als für Ostdeutschland. Insgesamt zeigt dies, dass sich die historisch grundlegenden konjunkturellen Eigenschaften und Aussagen der ifo Konjunkturindikatoren durch das neue Aggregationsverfahren nicht verändert haben.

Tab. 1
Korrelationen zwischen neuer und alter Aggregation

	Geschäftsklima	Geschäftslage	Geschäftserwartungen
Gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschland	0,990	0,992	0,993
Gewerbliche Wirtschaft Sachsen	0,985	0,986	0,982

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 1

Vergleich der Salden nach neuer und alter Aggregation in Ostdeutschland (OD) und Sachsen (SN)

Gewerbliche Wirtschaft^a 1991 bis 2018



a) Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel.

b) Saisonbereinigt und geglättet.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

DER EFFEKT DES NEUEN BASISJAHRES

In Abbildung 1 wurden die Zeitreihen jeweils als Saldenwerte dargestellt. Das ifo Institut weist seine wichtigsten Konjunkturindikatoren in der Regel jedoch nicht als Salden, sondern als Indexwerte aus. Auch die Indexberechnung wurde im Rahmen der Umstellung modifiziert: das Basisjahr für die Indexberechnung wurde von 2005 auf 2015 angepasst.² Die Indexierung auf ein Basisjahr ist allerdings lediglich ein reiner Skaleneffekt (Umrechnung von Saldenpunkten in Indexpunkte) und hat keinerlei Einfluss auf die konjunkturelle Interpretation.³ In Abbildung 2 ist das „ifo Geschäftsklima für Ostdeutschland“ nach neuer Aggregation einmal mit Basisjahr 2005 (grau) und einmal mit Basisjahr 2015 (grün) dargestellt. Da der durchschnittliche Saldo des Geschäftsklimas für Ostdeutschland im Jahr 2015 deutlich über dem des Jahres 2005 lag, ergibt sich bei der Umbasierung eine Verschiebung der Zeitreihe nach unten. Der Niveaueffekt beträgt etwa 8 Indexpunkte: Während der Indexwert im März 2018 mit dem alten Basisjahr bei 113,5 Punkten lag, beträgt er nunmehr mit dem neuen Basisjahr 2015 105,1 Punkte.

BERÜCKSICHTIGUNG DES DIENSTLEISTUNGSSEKTORS

Neben der Anpassung der Berechnungsregeln gab es auch eine inhaltliche Neuerung: Auf der Bundesebene wurde der ifo Geschäftsklimaindex in der gewerblichen Wirtschaft zum April 2018 durch das ifo Geschäftsklima Deutschland ersetzt, welches nun auch den Dienstleistungssektor enthält (vgl. Sauer und Wohlrabe 2018a). Damit wird der in den vergangenen Jahrzehnten gestiegenen Bedeutung des Dienstleistungsgewerbes für die deutsche Wirtschaft Rechnung

getragen. Mehr als zwei Drittel der Bruttowertschöpfung in Deutschland entfallen bereits auf den Dienstleistungssektor (vgl. Wohlrabe und Wojciechowski 2014).

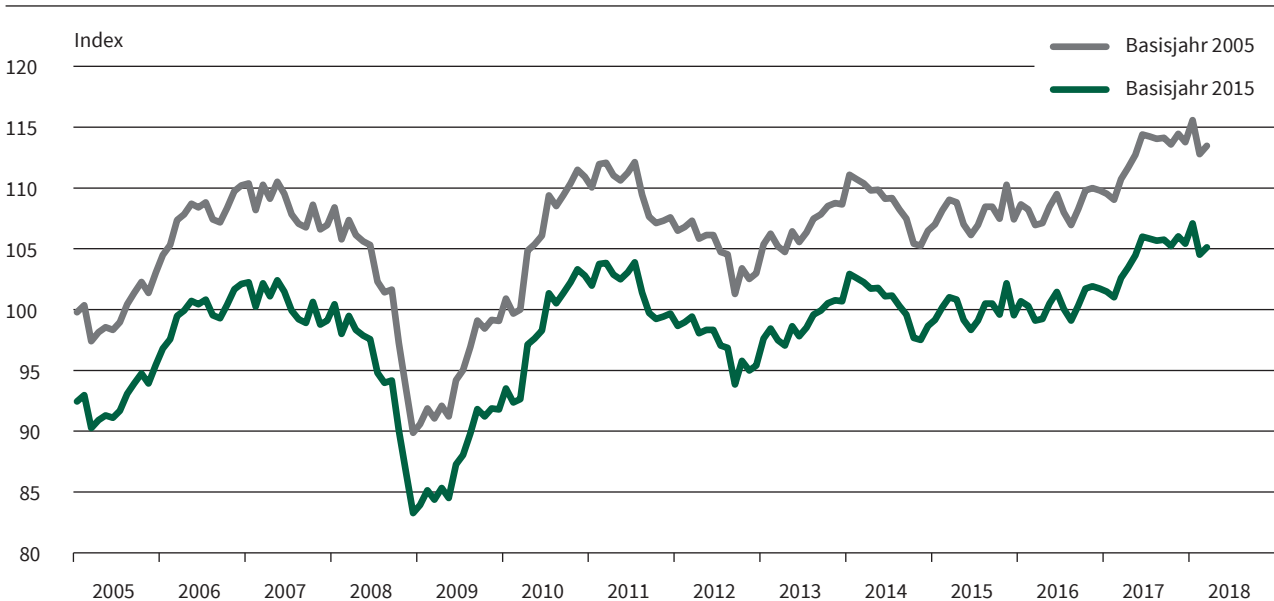
In den Auswertungen für Ostdeutschland und Sachsen ist diese Änderung vorerst noch nicht umgesetzt, da sich die Aggregationshierarchien für den Dienstleistungssektor auf der regionalen Ebene derzeit noch in der Aufbau- und Testphase befinden. Diese dürfte Anfang 2019 abgeschlossen sein. Sofern mit dem vorhandenen Unternehmenspanel auch für die Dienstleister auf der regionalen Ebene Zeitreihen mit robusten Konjunkturaussagen erzeugt werden können, plant das ifo Institut, ab dann auch für die regionalen Auswertungen Gesamtindikatoren einschließlich des Dienstleistungssektors zu erstellen.

Vorerst umfassen die ostdeutschen und sächsischen ifo Konjunkturindikatoren für die gewerbliche Wirtschaft weiterhin nur das Verarbeitende Gewerbe, das Bauhauptgewerbe sowie den Groß- und Einzelhandel. Dies schränkt die Vergleichbarkeit der Geschäftsklimaindizes für Ostdeutschland und Sachsen mit dem neuen Geschäftsklimaindex Deutschland vorübergehend ein. Die Ergebnisse für die einzelnen wirtschaftlichen Teilbereiche lassen sich jedoch auch weiterhin uneingeschränkt miteinander vergleichen.

ZUSAMMENFASSUNG

Im April 2018 hat das ifo Institut die Berechnung seiner viel beachteten Ergebnisse der ifo Konjunkturumfragen geringfügig angepasst. In der Folge wurden alle Zeitreihen rückwirkend neu ermittelt. Ein Vergleich von alten und neuen Ergebnissen für Ostdeutschland und Sachsen zeigt, dass die Vereinfachung der Aggregationsregeln das Verlaufsbild nur unwesentlich beeinflusst hat und wenn, dann vor allem in

Abb. 2
ifo Geschäftsklimaindex Ostdeutschland mit altem und neuem Basisjahr
Gewerbliche Wirtschaft, saisonbereinigt



Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

Sachsen in den 1990er Jahren. Gleichzeitig führt die Um-basierung der ifo Indizes auf das Jahr 2015 zu einer Niveau-Verschiebung der Indexzeitreihen nach unten. Die grundsätzlichen Konjunkturaussagen und -interpretationen aller Zeitreihen bleiben von diesen Anpassungen jedoch weitestgehend unberührt. Auch die Vergleichbarkeit der regionalen Ergebnisse mit den bundesdeutschen Ergebnissen ist für die einzelnen Teilbereiche weiterhin gewährleistet.

Vorübergehende Einschränkungen der Vergleichbarkeit ergeben sich lediglich auf der „gesamtwirtschaftlichen“ Ebene. Anders als das neue ifo Geschäftsklima Deutschland umfassen die Geschäftsklimaindizes für Ostdeutschland und Sachsen noch nicht den Dienstleistungssektor. Die entsprechenden Zeitreihen befinden sich noch in der Aufbau- und Testphase.

In Kürze wird das ifo Institut zudem ein neues Handbuch der ifo Umfragen und Konjunkturindikatoren veröffentlichen (Sauer und Wohlrabe 2018b), welches detaillierte Ausführungen zu den regionalen Auswertungen der ifo Konjunkturumfragen enthält. Darüber hinaus beschreibt das Handbuch auch die anderen Umfragen des ifo Instituts sowie die daraus berechneten Indikatoren und deren Verwendung, beispielsweise für Konjunkturprognosen.

LITERATUR

Lehman, R. und K. Wohlrabe (2013): „Sektorale Prognosen und deren Machbarkeit auf regionaler Ebene – Das Beispiel Sachsen“, ifo Dresden berichtet 20 (04), S. 22–29.

Lehman, R. und K. Wohlrabe (2015): „Forecasting GDP at the Regional Level with Many Predictors“, German Economic Review 16 (2), S. 226–254.

Lehman, R. und K. Wohlrabe (2017): „Boosting and Regional Economic Forecasting: The Case of Germany“, Letters in Spatial and Resource Sciences 10 (2), S. 161–175.

Lehman, R., S. Henzel und K. Wohlrabe (2015): „Nowcasting Regional GDP: The Case of the Free State of Saxony“, Review of Economics 66 (1), S. 71–98.

Ludwig, U. und F. Exß (2017): „IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland: Moderater Anstieg der Produktion im Winterhalbjahr 2016/2017“, Konjunktur aktuell 5 (1), S. 3.

Nauerth, J. (2018): „ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen: Mit gutem Rutsch ins neue Jahr“, ifo Dresden berichtet 25 (01), S. 37–39.

Nauerth, J., J. Ragnitz und M. Weber (2017): „Die gesamtwirtschaftliche Lage im 2. Quartal 2017 – Vierteljährliche Konjunkturberichterstattung für das Land Sachsen-Anhalt“, Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt, ifo Institut, Niederlassung Dresden.

Nierhaus, W. (2017): „Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das dritte Quartal 2017“, ifo Dresden berichtet 25 (01), S. 35–36.

Sauer, S. und K. Wohlrabe (2018a): „Das neue ifo Geschäftsklima Deutschland“, ifo Schnelldienst 71(7), S. 3–9.

Sauer, S. und K. Wohlrabe (2018b): „Handbuch der ifo Umfragen und Konjunkturindikatoren“, ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung, im Erscheinen.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2008), „Klassifikation der Wirtschaftszweige“, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2018), „Konjunkturindizes werden auf Basisjahr 2015 umgestellt“, Pressemitteilung Nr. 073 vom 06.03.2018, Wiesbaden.

WirtschaftsWoche (2014): „ifo-Index: Langer Horizont“, erschienen 21.07.2014.

Wohlrabe, K. und P. Wojciechowski (2014), „Die ifo Konjunkturbefragungen im Dienstleistungssektor - Hintergründe, Erklärungen und Performance“, ifo Schnelldienst, 67(21), S. 47-53.

- 1 Einzige Ausnahme ist hier das Land Baden-Württemberg. Nicht-amtliche Stellen errechnen ein vierteljährliches Bruttoinlandsprodukt u. a. für den Freistaat Sachsen (vgl. Nierhaus 2018), das Land Sachsen-Anhalt (vgl. Nauerth et al. 2017) und Ostdeutschland (vgl. Ludwig und Exß 2017).
- 2 Das Statistische Bundesamt hat in seinen letzten Veröffentlichungen ebenfalls auf das Basisjahr 2015 umgestellt (vgl. Statistisches Bundesamt 2018).
- 3 Zur Interpretation eines Index: Werte über 100 bedeuten, dass der Wert höher ist als der Durchschnitt des Basisjahres. Sie bedeuten nicht, dass ein bestimmtes Niveau „gut“ ist.

Niels Gillmann, Jannik A. Nauerth und Michael Weber*

Sachsens Außenhandel ist wichtig, aber wenig diversifiziert

Die sächsischen Exporte konzentrieren sich auf wenige Absatzmärkte. Besonders deutlich zeigt sich dies im Kraftfahrzeugbau, weniger ausgeprägt auch im Maschinenbau und in der Elektrotechnik. Diese Fokussierung auf wenige Handelspartner bringt gewisse Risiken mit sich, welche durch weitere Diversifizierung reduziert werden könnten.

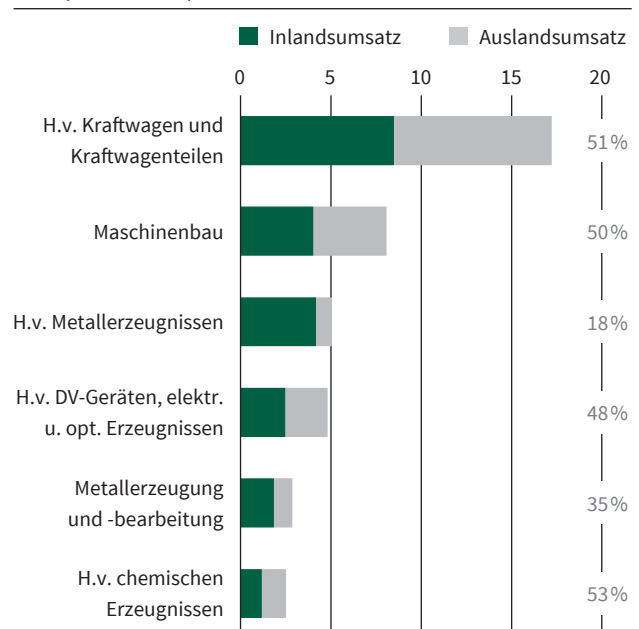
Wer exportiert, wächst schneller – dies gilt grundsätzlich sowohl für einzelne Unternehmen als auch für ganze Volkswirtschaften (vgl. Bernard und Jensen 1999). Risiken ergeben sich jedoch, wenn der Export auf wenige Zielregionen oder Produkte konzentriert ist (vgl. Rugman 1976).

Sachsens Wirtschaft hat in dieser Hinsicht noch Entwicklungspotenzial. Zwar ist die Wirtschaft des Freistaats stärker als andere ostdeutsche Länder in den Außenhandel eingebunden. Die sächsische Industrie erwirtschaftet etwa 40 % ihrer Umsätze im Ausland, und exportiert ihre Waren in rund 180 Länder überall auf der Welt. Jedoch konzentrieren sich drei Viertel der Ausfuhren auf nur drei Regionen. Jeder zweite Export-Euro wird in der Europäischen Union (EU) verdient, jeder Vierte in China und den USA (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2018). Mit ihrer Fokussierung auf wenige Zielregionen sind die sächsischen Exporteure jedoch nicht allein. Auch die Auslandsumsätze der exportstarken Industrien in Bayern oder Baden-Württemberg sind ähnlich hoch konzentriert.

Für Sachsens Exporteure ist China mittlerweile zum mit Abstand wichtigsten Absatzmarkt nach der EU aufgestiegen. Chinas Anteil an den sächsischen Exporten kletterte in den letzten zehn Jahren von 4 % auf 14 %. In den USA wurden im Jahr 2017 rd. 10 % des Außenhandelsumsatzes erwirtschaftet. Auf dem nächsten Rang folgt Großbritannien mit einem Exportanteil von 7 %. Damit ist das Vereinigte Königreich zugleich Sachsens wichtigster Handelspartner innerhalb der EU. Die Russische Föderation spielt für die sächsischen Exporte hingegen trotz der historischen Verflechtungen eine eher untergeordnete Rolle. Im Jahr 2017 gingen nur 1,5 % aller sächsischen Exporte nach Russland. Selbst im Jahr 2013, vor den Wirtschaftssanktionen durch die EU und vor der russischen Rezession, betrug der Exportanteil nur 4 %.

Der räumlichen Konzentration sächsischer Exporte auf wenige Absatzländer steht eine ähnlich hohe Konzentration auf wenige Exportgüter gegenüber. Etwa 70 % des Auslandsumsatzes werden allein durch den Export von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (47 %), Maschinen (10 %) und Elektrotechnik (13 %) erwirtschaftet. Damit ist der Export zugleich eine wichtige Bestimmungsgröße für Sachsens Schlüsselindustrien (vgl. Abb. 1).

Abb. 1
Inlands- und Auslandsumsatz der größten Industrien Sachsens, 2016 (in Mrd. Euro)

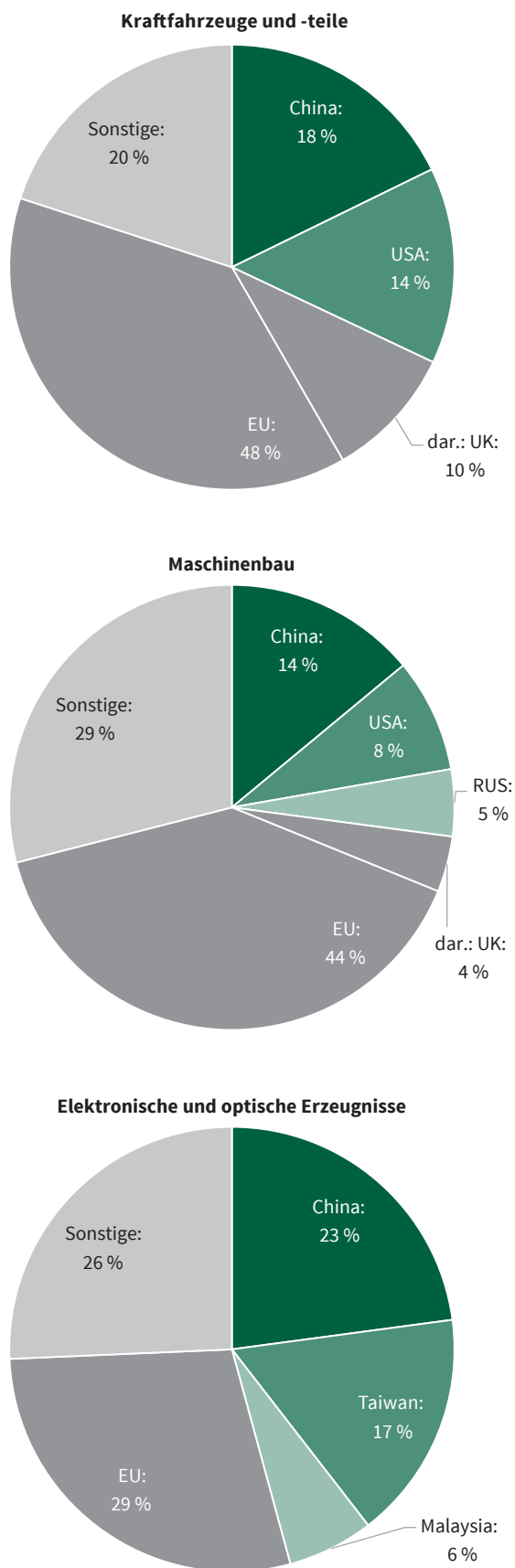


Quelle: Statistisches Bundesamt (2017), Berechnung und Darstellung des ifo Instituts. © ifo Institut

Diese Industrien unterscheiden sich jedoch im Grad ihrer Abhängigkeit von einzelnen Exportpartnern. So fokussiert sich Sachsens Automobilbau – die Kernindustrie des Freistaats – am stärksten auf nur einige wenige Absatzmärkte (vgl. Abb. 2). Ganze 80 % der exportierten Pkw, Wohnmobile, Fahrgestelle, Karosserien und Motoren gingen im Jahr 2017 in eine von lediglich drei Zielregionen: Den europäischen Binnenmarkt (48 %), China (18 %) und die USA (14 %). Wichtigster inner-europäischer Handelspartner ist Großbritannien (UK). Allein hier erwirtschaftet die sächsische Automobilindustrie rd. 10 % ihres gesamten Auslandsumsatzes.

* Niels Gillmann und Jannik A. Nauerth sind Doktoranden, Dr. Michael Weber ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.

Abb. 1
Auslandsumsatz nach Absatzregionen, 2017



Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2018), Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Die Exporte des Maschinenbaus, der zweitwichtigsten Industrie Sachsens, sind demgegenüber deutlich weniger konzentriert. „Nur“ 65 % der Auslandsumsätze entfielen 2017 auf die größten Absatzmärkte EU, China und die USA. Auch innerhalb der EU sind die Handelsanteile gleichmäßiger verteilt als im Automobilsektor. Großbritannien rangiert mit einem Exportanteil bei Maschinen von knapp 4 % hinter Frankreich und Tschechien. Die geringere Konzentration auf wenige Länder geht mit einer überdurchschnittlichen Bedeutung weiterer Handelspartner einher. So ist der russische Markt für die sächsischen Maschinenbauer durchaus von Bedeutung. Sein Exportanteil betrug im Jahr 2017 rd. 5 %.

Die dritte große und international ausgerichtete Industrie Sachsens umfasst die Herstellung von elektronischen und optischen Erzeugnissen. Deren Exportstruktur unterscheidet sich in mehrfacher Hinsicht von den Strukturen des Automobil- oder Maschinenbaus. Zwar konzentrieren sich auch hier 69 % aller Exporte auf drei große Absatzmärkte. Aber die EU nimmt dabei mit 29 % einen deutlich kleineren Stellenwert ein als in den anderen Sektoren. Die USA rangieren gar nur auf Platz fünf. Wichtigere Handelspartner im Bereich Elektrotechnik sind China (23 %), Taiwan (17 %) und Malaysia (6 %). Insgesamt werden 50 % der exportierten Elektronikartikel nach Ost- und Südostasien verschifft. Hierbei handelt es sich größtenteils um elektronische Bauteile, während die westlichen Industrieländer vor allem mit elektronischen Fertigprodukten beliefert werden. Die starken Verbindungen zu ost- und südostasiatischen Handelspartnern sind auf die Einbindung der sächsischen Unternehmen in weltweite Wertschöpfungsketten zur Produktion von Elektronikartikeln zurückzuführen.

Diese Exportstruktur birgt Risiken, aber auch Potenziale. Sachsen ist in den internationalen Warenaustausch eingebunden, und zwar stärker als alle anderen ostdeutschen Flächenländer. Dies stärkt die sächsische Wirtschaft und trägt zum hiesigen Wohlstand bei. Allerdings begeben sich Sachsens Unternehmen mit ihrer Fokussierung auf wenige Exportpartner und -produkte in eine gewisse Abhängigkeit von deren konjunktureller Entwicklung und handelspolitischem Kurs.

Welche Risiken eine solche Abhängigkeit mit sich bringen kann, hat sich in den letzten Monaten wiederholt gezeigt: So haben die USA jüngst ihre Importzölle auf Stahl und Aluminium angehoben. Auch die Anhebung der Zölle auf Kraftfahrzeuge ist wahrscheinlicher geworden. Weitere Einschränkungen drohen Unternehmen die zugleich in den Iran exportieren. Auch eine Fokussierung auf einzelne Länder im europäischen Binnenmarkt kann zu unerwarteten Herausforderungen führen. So könnte der für März 2019 angekündigte Austritt Großbritanniens aus der EU auch sächsische Unternehmen belasten. Verlässt das Vereinigte Königreich nicht nur die politische, sondern auch die Zollunion, drohen insbesondere im sächsischen Kraftfahrzeugbau Einschnitte.

Begegnen lässt sich solchen Risiken durch stärkere Diversifizierung. Auf der einen Seite könnte also die Produktpalette des sächsischen Exports weiter ausgebaut werden. Auf der anderen Seite könnte der Handel mit kleineren Partnern gestärkt werden (vgl. z. B. ifo Institut 2018). In Betracht kommen bspw. stark wachsende Schwellenländer, die bis jetzt noch keine große Rolle für den sächsischen Export spielen.

LITERATUR

Bernard, A. B. und J. B. Jensen (1999), „Exceptional Exporter Performance: Cause, Effect, or Both?“, *Journal of international economics* 47 (1), S. 1–25.

Rugman, A. M. (1976), „Risk Reduction by International Diversification“ *Journal of International Business Studies* 7 (2), S. 75-80.

ifo Institut (Hrsg.) (2018): Experten: US-Handelspolitik und Steuerreform wirken sich negativ auf die Weltwirtschaft aus, Pressemitteilung vom 7. Juni 2018, München.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2017), Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe: Bundesländer, Jahre, Wirtschaftszweige, GENESIS-Tabelle 42271-0011, zuletzt abgerufen am 24. Mai 2018.

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.) (2018), Außenhandel: Einfuhr, Ausfuhr, Herkunfts-/Bestimmungsland (ohne EU/EWU-Summen) – Sachsen – Jahre, GENESIS-Tabelle 5100-310Z, zuletzt abgerufen am 09. Mai 2018.

Wolfgang Nierhaus*

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das vierte Quartal 2017¹

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat im vierten Vierteljahr 2017 um 1,6% gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zugenommen (vgl. Tab. 1); im gesamten Jahr beläuft sich der Zuwachs auf 1,4%. Zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion im vierten Quartal trug vor

allem das Produzierende Gewerbe (ohne Bau) bei. Die Abwärtstendenz im Baugewerbe hielt dagegen an. Die Trend-Konjunktur-Komponente des preisbereinigten BIP ist am aktuellen Rand beschleunigt gestiegen (vgl. Abb. 1).

Tab. 1
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Sachsen (preisbereinigt)

Jahr, Quartal	Bruttoinlandsprodukt	Gütersteuern abzüglich Subventionen	Bruttowertschöpfung						
			Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information u. Kommunikation	Grundstücks- u. Wohnungswesen, Finanz- u. Unternehmensdienstl.	Öffentl. u. sonstige Dienstleister, Erziehung u. Gesundheit
2014	3,0	3,3	2,9	-4,0	11,6	3,0	-0,3	0,2	0,4
2015	2,7	4,5	2,5	4,9	5,0	-0,8	2,3	2,2	1,2
2016	2,1	2,4	2,1	10,8	0,5	1,0	4,0	1,3	2,9
2017	1,4	0,9	1,4	-2,8	1,8	-1,7	2,4	1,4	1,3
1 2015	3,0	4,3	2,8	9,8	8,1	-0,6	1,1	1,9	0,8
2 2015	2,3	3,5	2,2	0,9	3,9	-0,5	2,1	3,0	1,0
3 2015	2,8	4,9	2,5	1,4	5,4	-1,3	2,6	2,1	1,3
4 2015	2,6	5,3	2,3	8,3	2,9	-0,7	3,6	1,8	1,8
1 2016	2,4	4,6	2,2	5,1	2,1	1,4	3,7	1,1	2,3
2 2016	3,3	2,8	3,3	13,2	2,4	2,2	5,6	2,5	3,3
3 2016	1,6	2,2	1,5	13,2	-1,5	0,7	3,5	1,1	3,2
4 2016	1,2	0,3	1,3	11,3	-0,9	-0,5	3,1	0,5	2,9
1 2017	2,5	1,8	2,6	0,2	3,1	-1,9	4,4	2,1	2,4
2 2017	0,3	1,7	0,1	-5,9	-1,0	-2,1	1,8	-0,5	1,3
3 2017	1,0	0,2	1,1	-2,6	0,8	-1,3	2,1	1,7	1,1
4 2017	1,6	0,0	1,8	-2,7	4,5	-1,4	1,3	2,2	0,4

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

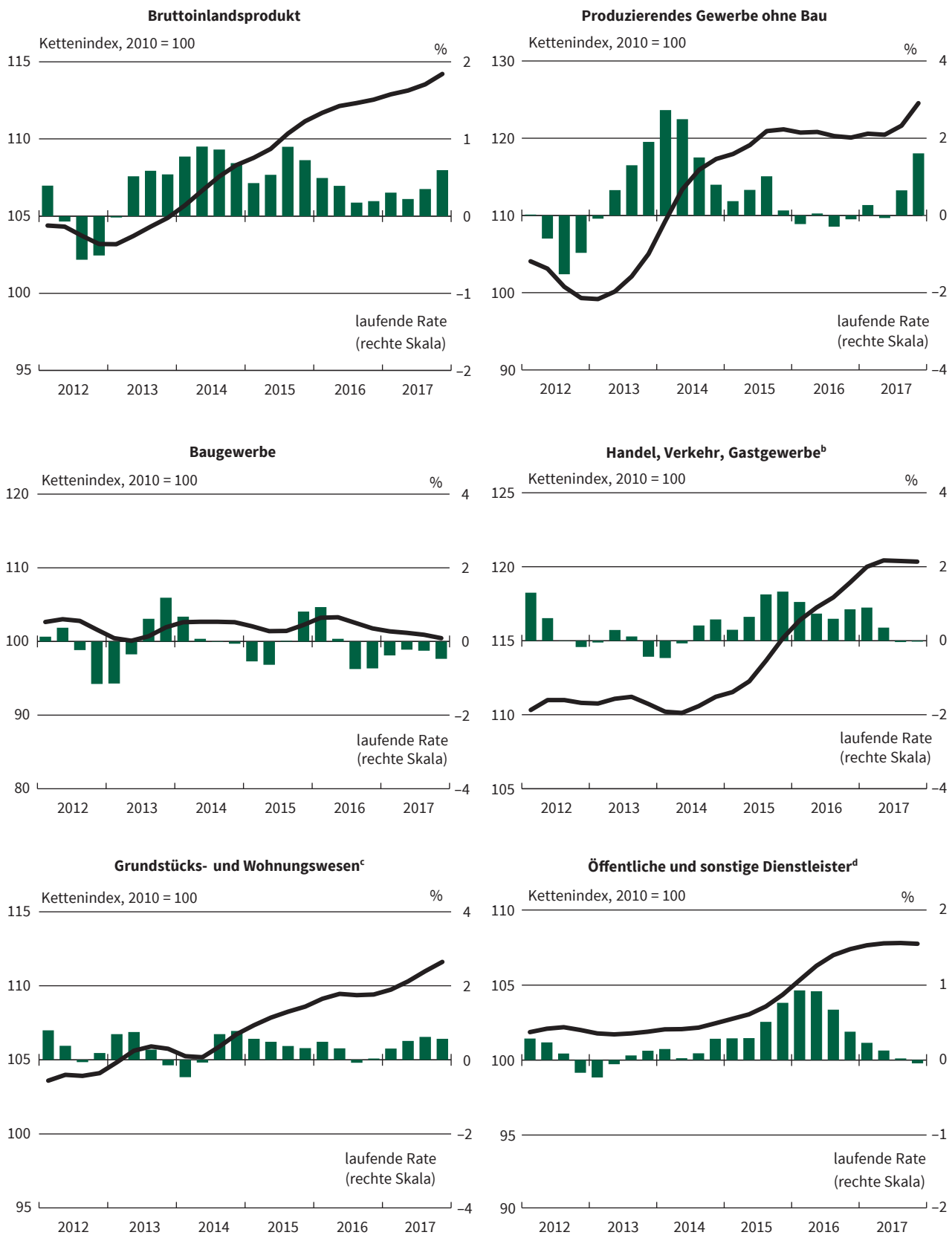
* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

1 Die Bereitstellung vierteljährlicher Ergebnisse für Sachsen erfolgt in Verantwortung des ifo Instituts. Die Berechnungen fußen auf den amtlichen Länderdaten, die vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder ermittelt werden. Zudem werden seitens des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen aktuelle konjunkturstatistische Informationen bereitgestellt. Dies erfolgt im Rahmen der 2007 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung mit der Niederlassung Dresden des ifo Instituts. In dieser Ausgabe werden erstmals die Ergebnisse für das vierte Vierteljahr 2017

nachgewiesen. Die Berechnungen sind abgestimmt auf die vom Arbeitskreis VGR der Länder am 28. März 2018 veröffentlichten Jahresergebnisse. Allerdings unterbleibt eine bundesweite Koordinierung, wie dies bei den amtlichen Daten des Arbeitskreises üblich ist. Die hier vorgelegten Vierteljahreswerte sind mit den bisherigen Angaben für den Zeitraum Q1/1996 bis Q3/2017 nur eingeschränkt vergleichbar, da die nunmehr vorgelegte Quartalisierung auf den Jahresergebnissen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder für 1996 bis 2017 basiert. Der vollständige Datensatz für den Zeitraum Q1/1996 bis Q4/2017 steht auf der ifo Dresden Homepage zum Download zur Verfügung. Zur Methodik siehe W. Nierhaus, Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für den Freistaat Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation, in: Statistik in Sachsen, 1/2008, S. 1–15.

Abb. 1

Trend-Konjunktur-Komponenten von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Sachsen (preisbereinigt, verkettet)^a



a) Saisonbereinigt nach Census X-12-ARIMA. – b) Einschließlich Information und Kommunikation. – c) Einschließlich Finanz- und Unternehmensdienstleister. – d) Einschließlich Erziehung und Gesundheit.

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Michael Weber*

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen: Außenhandel dämpft den Optimismus

OSTDEUTSCHLAND

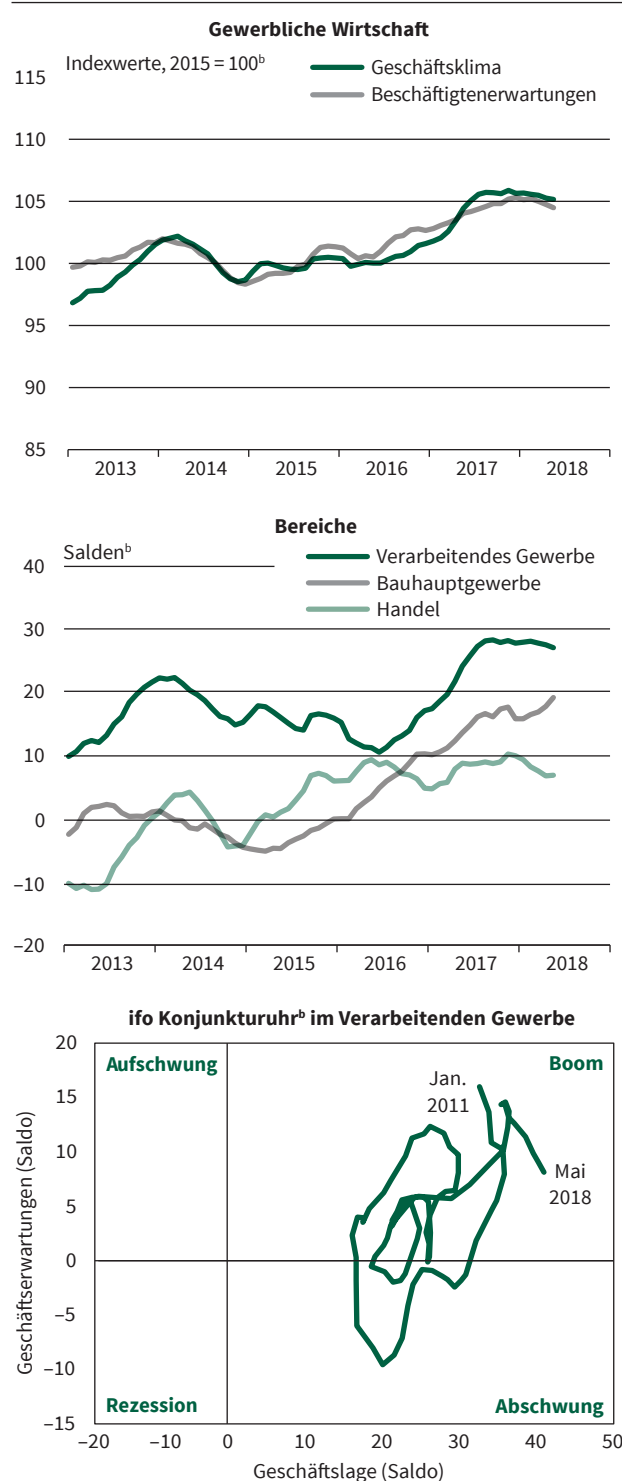
Der ifo Geschäftsklimaindex der gewerblichen Wirtschaft in Ostdeutschland tendierte im Frühling abermals seitwärts (vgl. Abb. 1). Nach 105,2 Punkten im März notierte er im April leicht erhöht bei 105,5 Punkten, um anschließend im Mai auf 105,1 Punkte zurückzugehen. Geprägt wurde diese Entwicklung von den Geschäftserwartungen, die sich im April zunächst geringfügig aufhellten und dann im Mai spürbar eintrübten. Gleichzeitig waren die Befragungsteilnehmer mit ihren laufenden Geschäften in beiden Berichtsmonaten jeweils zufriedener als im Vormonat. Die weniger optimistischen Geschäftserwartungen für die kommenden Monate schlugen sich indes auch in den Beschäftigungserwartungen nieder. In allen Teilbereichen der gewerblichen Wirtschaft nahmen die Befragungsteilnehmer ihre Personalpläne im Mai per saldo zurück.

Besonders positiv entwickelte sich die Stimmung im ostdeutschen Bauhauptgewerbe, wo das ifo Geschäftsklima im Mai auf einen neuen Höchststand kletterte. Die ostdeutschen Bauunternehmer waren mit ihren laufenden Geschäften so zufrieden wie noch nie seit Beginn der Erhebungen im Jahr 1991. Auch äußerten sie weiterhin optimistische Geschäftserwartungen für das kommende halbe Jahr. Diese Einschätzungen überraschen nicht. Die Auftragslage ist nach Meinung der ostdeutschen Bauunternehmer unverändert hervorragend, ihre zuletzt rückläufige Geräteauslastung tendierte wieder aufwärts. Die Baupreise dürften nach ihrer Ansicht auch in den kommenden Monaten merklich steigen.

Anders als im Bauhauptgewerbe tendierte der ifo Geschäftsklimaindex für das Verarbeitende Gewerbe Ostdeutschlands in den letzten Monaten seitwärts. Zwar erreichten die Lageeinschätzungen von Industrie und Handwerk im Mai ebenfalls einen neuen Höchststand. Die Geschäftserwartungen gaben im April und Mai jedoch spürbar nach. Anscheinend lähmen die anhaltenden Diskussionen um Importzölle und Wirtschaftssanktionen die Zuversicht der ostdeutschen Industrie. Jedenfalls trübten sich die Exporterwartungen, die bereits im ersten Quartal rückläufig waren, bis Mai nochmals spürbar ein. Zusätzlich ging der Auftragsbestand zu Quartalsbeginn etwas zurück, wenn er auch im lang- und mittelfristigen Vergleich weiterhin sehr hoch ist. Gegenwärtig sind die Kapazitäten aber sehr gut ausgelastet. Die ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe Ostdeutschlands steht weiterhin im Quadranten „Boom“.

Unterdessen stabilisierte sich die Stimmung im ostdeutschen Handel, nachdem sich die Lage- und Erwartungseinschätzungen seit Jahresbeginn spürbar verschlechtert hatten.

Abb. 1
ifo Geschäftsklima für Ostdeutschland^a
ifo Konjunkturumfrage im Mai 2018



a) Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel.
b) Saisonbereinigt und geglättet.

Quelle: ifo Institut.

© ifo Institut

* Dr. Michael Weber ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung München an der Universität München e. V.

SACHSEN

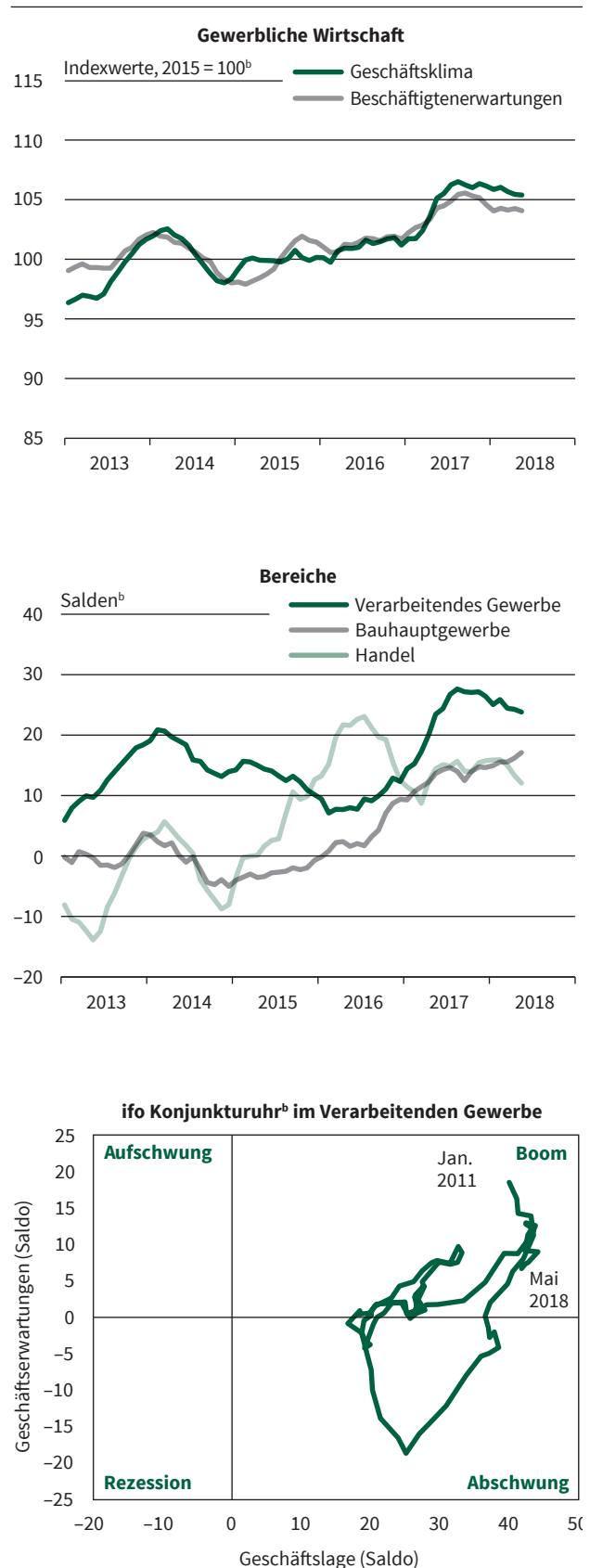
Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Sachsens zeigte zuletzt eine leicht rückläufige Tendenz (vgl. Abb. 2). Nach einem geringfügigen Anstieg im April gab er im Mai spürbar nach auf 104,4 Punkte. Im Quartalsvergleich verschlechterten sich sowohl die Lageeinschätzungen als auch die Geschäftserwartungen. Die Beschäftigungserwartungen tendierten indes seitwärts. Allerdings entwickelten sich die Befragungsindikatoren in den einzelnen Teilbereichen der sächsischen Wirtschaft höchst unterschiedlich.

Die sächsische Industrie war zu Beginn des zweiten Quartals euphorisch. Die befragten Unternehmer berichteten von ähnlich guten Geschäften wie im Januar, als die Lageeinschätzungen einen neuen Höchststand erreicht hatten. Auch die Geschäftserwartungen hellten sich spürbar auf. Im Mai drehte der Wind jedoch und die Stimmung gab sehr spürbar nach. Geschäftslage und Geschäftserwartungen verschlechterten sich gegenüber April deutlich. Maßgeblich dürften die handelspolitischen Rahmenbedingungen gewesen sein, die im Mai wieder unsicherer wurden. In der Folge korrigierte die sächsische Industrie ihre Exporterwartungen spürbar nach unten. Auch die Kapazitätsauslastung gab gegenüber dem Vorquartal nach. Gleichwohl berichteten die sächsischen Befragungsteilnehmer von einem noch nie dagewesenen Auftragsbestand. Die ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe Sachsens bewegt sich weiterhin im Quadranten „Boom“.

Im sächsischen Bauhauptgewerbe verlief die Entwicklung im zweiten Quartal genau umgekehrt: Einem schwachen April folgte ein sehr guter Mai. Die Bauunternehmer waren mit ihren laufenden Geschäften zuletzt so zufrieden wie noch nie. Gleichzeitig hoben sie ihre optimistischen Geschäftserwartungen nochmals etwas an. Wie auch in Ostdeutschland insgesamt berichteten sie von einer sehr guten Geräteauslastung und umfangreichen Auftragsbeständen.

Im sächsischen Handel trübte sich die Stimmung unterdessen abermals ein, im Mai den vierten Monat in Folge. Maßgeblich waren die sächsischen Großhändler, die mit ihren laufenden Geschäften Monat für Monat weniger zufrieden sind. Im sächsischen Einzelhandel tendierte der Lageindikator insgesamt seitwärts. Eine Besserung der Situation ist nicht in Sicht. Die Geschäftserwartungen beider Handelsstufen sind per saldo neutral oder leicht pessimistisch.

Abb. 2
ifo Geschäftsklima für Sachsen^a
ifo Konjunkturumfrage im Mai 2018



a) Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel.
b) Saisonbereinigt und geglättet.

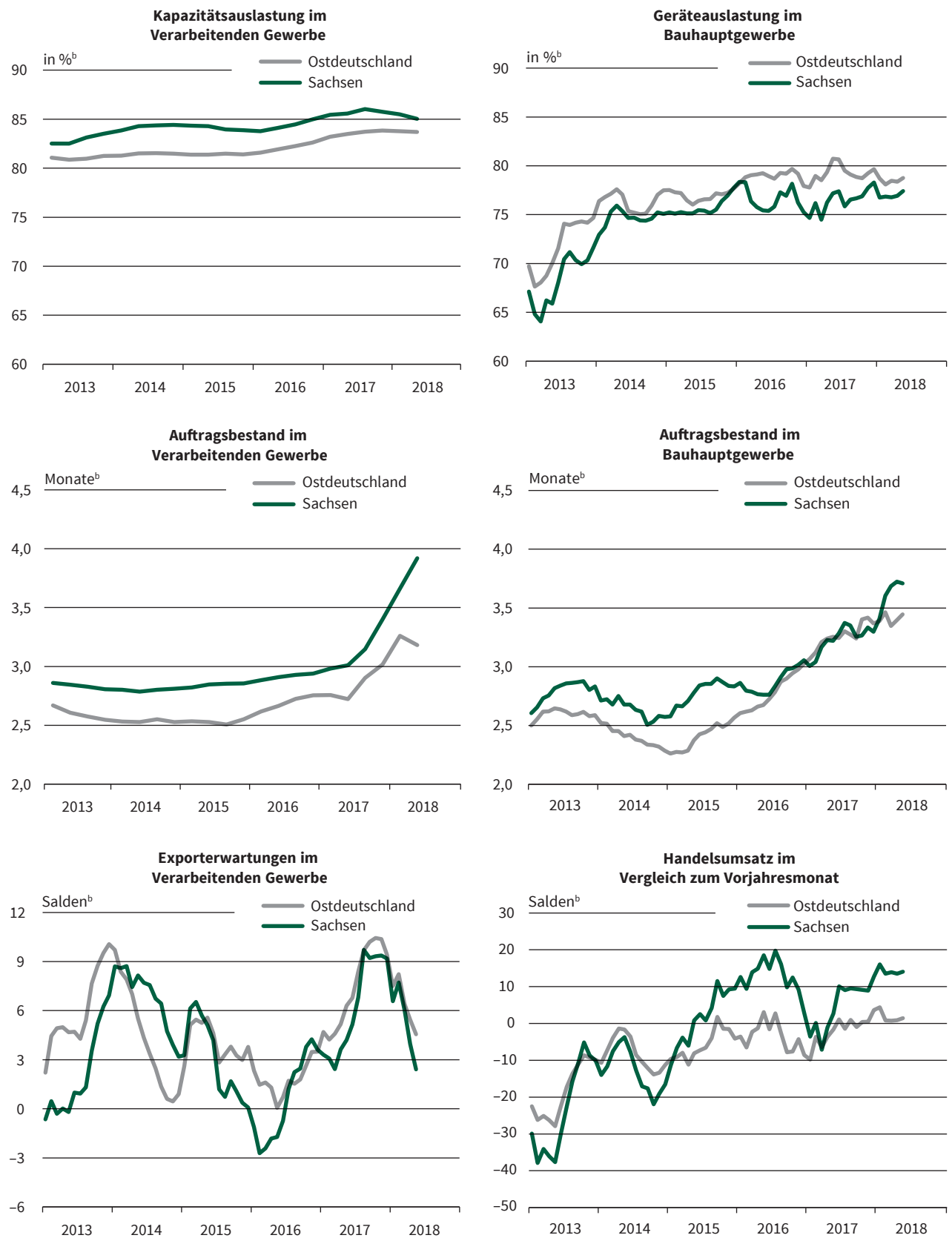
Quelle: ifo Institut.

© ifo Institut

Abb. 3

Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest für Ostdeutschland und Sachsen^a

ifo Konjunkturumfrage im Mai 2018



a) Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel.

b) Saisonbereinigt (außer Handelsumsätze) und geglättet.

Quelle: ifo Institut.

© ifo Institut

ifo Veranstaltungen

In der Reihe **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** spricht am **12. September 2018** Prof. Dr. Lutz Bellmann. Er ist Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Arbeitsökonomie an der Universität Erlangen-Nürnberg und Forschungsbereichsleiter am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Der Vortrag ist öffentlich und findet im Seminarraum der Niederlassung Dresden des ifo Instituts, in der Einsteinstraße 3, statt. Beginn des Vortrags ist um 18.30 Uhr.

Anlässlich des 25jährigen Bestehens der Niederlassung Dresden findet am **19. September 2018 eine wissenschaftliche Konferenz zum Thema „Disparitäten: Herausforderungen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik“** in der Dresdner Dreikönigskirche statt. Auch nahezu 30 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer bestehen weiterhin signifikante Unterschiede zwischen Ost und West: bei der Wirtschaftskraft, bei den Löhnen, beim Vermögen der privaten Haushalte und in vielen weiteren Dimensionen. Längst ist das Thema der Disparitäten aber nicht mehr auf Unterschiede zwischen „alten“ und „neuen“ Bundesländern beschränkt. Regionale Unterschiede gibt es auch zwischen Nord und Süd sowie kleinräumig zwischen Stadt und Land. Und das betrifft nicht nur die Einkommen, sondern auch die Versorgung mit öffentlichen Gütern und Leistungen. Wir nehmen das 25-jährige Bestehen der Niederlassung Dresden des ifo Instituts zum Anlass, um diese Aspekte in einer wissenschaftlichen Festveranstaltung genauer zu beleuchten und im Dialog von Referenten und Publikum zu diskutieren.

Veranstaltungsort

Haus der Kirche – Dreikönigskirche Dresden
Hauptstraße 23, 01097 Dresden

Termin

19. September 2018
09.00 Uhr bis 16.30 Uhr

Programm

Begrüßung und Eröffnung

Prof. Dr. Marcel Thum, Geschäftsführer ifo Dresden

Grußwort „25 Jahre ifo Dresden“

Dr. Matthias Haß, Staatsminister der Finanzen des Freistaates Sachsen

Die zwei Deutschlands, die nicht vergehen wollen.

Politische Disparitäten zwischen West und Ost

Prof. Dr. Hans Vorländer, Technische Universität Dresden

Umso schlimmer für die Tatsachen: Disparitäten zwischen gesellschaftlicher Wahrnehmung und ökonomischer Wirklichkeit

Prof. Dr. Andreas Wagener, Leibniz-Universität Hannover

Soziale Schichtung und Ungleichheit in Deutschland:

Fakten versus subjektive Wahrnehmung

Dr. Judith Niehues, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Gleichwertige Lebensbedingungen in Deutschland: Utopie oder lohnenswertes Ziel für die Regionalentwicklung?

Prof. Dr. Bernhard Müller, Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung Dresden

Disparitäten in der sozialen Marktwirtschaft

Prof. Dr. Dr. h. c. Clemens Fuest, Präsident des ifo Instituts

Teilnahme auf Einladung

Eine weitere ifo Veranstaltung ist am **20. und 21. September 2018** der **8. ifo Dresden Workshop on Regional Economics**.

Er wird in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Braunschweig organisiert und in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden abgehalten.

Weiterführende Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden (www.ifo-dresden.de) unter der Rubrik Veranstaltungen.

ifo Veröffentlichungen

ifo Dresden Studie 81: Personalbedarfe im öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen bis 2030 und Konkurrenzsituation zur Privatwirtschaft

David Bauer, Joachim Ragnitz, Julia Sonnenburg und Michael Weber, 90 S., München/Dresden 2018, ISBN 978-3-95942-048-8, 15,- Euro zzgl. Versandkosten

Bis zum Jahr 2030 wird knapp die Hälfte der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Freistaat Sachsen in den Ruhestand gehen. Die Studie ermittelt, welche Schwierigkeiten sich bei der Nachbesetzung dieser Stellen ergeben könnten und ob der öffentliche Dienst durch seine Nachbesetzungsbemühungen der Privatwirtschaft möglicherweise dringend benötigte Fachkräfte entzieht.

Tatsächlich stehen den altersbedingten Abgängen aus öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft in etwa gleich viele Eintritte jüngerer Erwerbspersonen in den Arbeitsmarkt gegenüber. Allerdings dürften deren Qualifikationsprofile nur begrenzt den Anforderungen der freiwerdenden Stellen entsprechen, wenn Aus- und Weiterbildungsaktivitäten künftig nicht stärker am Nachbesetzungsbedarf ausgerichtet werden. Aufgrund der qualifikatorischen und berufsfachlichen Unterschiede zwischen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage könnte rund ein Drittel der altersbedingt freiwerdenden Stellen im öffentlichen Dienst vakant bleiben. Zudem entwickeln sich nicht nur im öffentlichen Dienst, sondern auch in der Privatwirtschaft erhebliche Nachbesetzungsbedarfe in Verwaltungsberufen. Da diesen aber nur ein begrenztes Angebot an entsprechend ausgebildeten jüngeren Erwerbspersonen gegenüberstehen dürfte, ist insbesondere bei dieser Berufsgruppe eine verschärfte Konkurrenzsituation zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft zu erwarten.

Die Berechnungen beruhen auf Sonderauswertungen der Personalstandstatistik, der Beschäftigungsstatistik und der Arbeitslosenstatistik für den Freistaat Sachsen. Die Studie entstand im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen.

ifo Dresden Studie 82: Strategien für die bestmögliche Ausstattung mit und Nutzung von Fördermitteln nach 2020

David Bauer, Christian Ochsner und Joachim Ragnitz, 130 S., München/Dresden 2018, ISBN 978-3-95942-050-1, 15,- Euro zzgl. Versandkosten

In den kommenden Jahren wird sich die Fördermittelausstattung für den Freistaat Sachsen merklich reduzieren. Neben dem im Jahr 2019 auslaufenden Solidarpakt II ist nach 2020 insbesondere von Seiten des Bundes und der EU mit deutlich geringeren Zuweisungen zu rechnen. Dies betrifft zum einen die von Bund und Ländern jeweils hälftig getragene Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, zum anderen die der Kohäsionspolitik dienenden Mittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Gleichzeitig weist die sächsische Wirtschaft nach wie vor strukturelle Schwächen auf. Zusätzlich stellen globale Megatrends den Freistaat Sachsen vor zusätzliche und zum Teil neuartige Herausforderungen. Hierzu gehören z. B. der demographische Wandel oder die Folgen der Digitalisierung. Offen ist, ob die verfügbaren finanziellen Mittel ausreichen werden, hierauf adäquat zu reagieren.

Diese Studie diskutiert deswegen Handlungsstrategien zur Priorisierung politischer Ausgabenfelder für die künftige Förderpolitik des Freistaates Sachsen. Basierend auf den sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Sachsens werden mithilfe einer SWOT-Analyse die Stärken, Schwächen sowie die Chancen und Risiken der sächsischen Wirtschaft herausgearbeitet. Ein besonderes Gewicht in der künftigen Förderstrategie sollte nach dieser Analyse die Konzentration auf die Stärken und die Ausnutzung der Chancen für die sächsische Wirtschaft erhalten. Eine Abschätzung der künftigen Fördermittelausstattung aus EFRE und ESF macht jedoch deutlich, dass die Mittel zu gering sein dürften, um den künftigen Bedarfen zu genügen. Überdies geht aus der Literatur zu Wachstums- und Gleichheitseffekten politischer Ausgaben hervor, dass andere auch Ausgabenbereiche durchaus geeigneter sein dürften, um Wachstums- und Gleichheitsziele zu adressieren. Im Ergebnis sollten daher Ausgaben für Bildung, Forschung, Innovation, aber auch öffentliche Infrastrukturinvestition künftig priorisiert werden.

ifo Vorträge

Weber, Michael, „Lifetime Earnings Inequality – The Case of German Reunification“, Brown Bag Seminar der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Technischen Universität Dresden, 11. April 2018, Dresden.

Rösel, Felix, „Are Doctors the Better Health Ministers? – The Limits of Technocracy“, Vortrag bei der European Public Choice Society 2018, 13. April 2018, Rom (Italien).

Vandrei, Lars, „Does Regulation Discourage Investors? – Sales Price Effects of Rent Controls in Germany“, Vortrag auf 34. Jahrestagung der American Real Estate Society (ARES), 14. April 2018, Bonita Springs, Florida (USA)

Weber, Michael, „Empirische Wirtschaftsforschung in der Politikberatung“, Vortrag vor MBA-Studierenden der Dresden International University, 20. April 2018, Dresden.

Fritzsche, Carolin, „On the Economics of Property and Housing Markets“, Vortrag bei der 34. Jahrestagung der American Real Estate Society (ARES), 21. April 2018, Bonita Springs (USA).

Ragnitz, Joachim, „Ostdeutschland nach 2020: Perspektiven der Förderpolitik“, Vortrag vor dem Arbeitskreis Ost der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 24. April 2018, Berlin.

Ochsner, Christian, „Activated History – The Case of the Turkish Sieges of Vienna“, Vortrag im Forschungsseminar an der Hertie School of Governance, 26. April 2018, Berlin.

Rösel, Felix, „Does Social Capital Channel Protests against Reforms? – Evidence from Local Government Mergers in Austria“, Vortrag im Rahmen des IVWL Research Seminar Economic Behavior and Governance an der Universität Kassel, 02. Mai 2018, Kassel.

Ragnitz, Joachim, „Energiewende und Strukturwandel in Sachsen“, Podiumsdiskussion des Arbeitskreises „Energie“ der sächsischen SPD, 7. Mai 2018, Leipzig.

Ochsner, Christian, „Dismantled Once, Diverged Forever? A Quasi-natural Experiment of Red Army’s Misdeeds in Post-WWII Europe“, Vortrag auf der Jahrestagung der National-ökonomischen Gesellschaft (NOeG), 11. Mai 2018, Wien (Österreich).

Vandrei, Lars, „Frictions in the Housing Market“, Colloquium der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Technischen Universität Dresden, 15. Mai 2018, Dresden.

Ragnitz, Joachim, „Schrumpfende Dörfer, wachsende Städte – Neue Konzepte für Wohnen, Versorgung und Mobilität“, Podiumsdiskussion anlässlich des KfW Symposiums 2018 „Sozialer Wandel – Demografie, Migration, Bildung – Förderfelder der Zukunft!“ der Kreditanstalt für Wiederaufbau, 6. Juni 2018, Frankfurt/Main.

ifo intern

Am 7. Mai 2017 konnte **Christian Ochsner**, wissenschaftlicher Mitarbeiter der ifo Niederlassung Dresden, seine Promotion an der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN zum Thema „Socio-economic Persistence of Historical Shocks - Three Essays on Quantitative Economic History“ erfolgreich mit dem Prädikat „summa cum laude“ abschließen. Das Team Dresden gratuliert auch an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich.

Christian Ochsner hat das Team der ifo Niederlassung Dresden per Ende Mai 2018 verlassen. Herr Ochsner wird seine Doppelstelle als Assistant Professor (mit Tenure Track) am Graduierteninstitut des CERGE-EI (Prag) und als Wissenschaftlicher Mitarbeiter/Postdoc an der Universität Zürich antreten. Das Team der ifo Niederlassung Dresden wünscht ihm sowohl

für den beruflichen als auch für den privaten Werdegang das Beste. Herr Ochsner wird der Niederlassung auch nach seinem Ausscheiden als Gastwissenschaftler erhalten bleiben.

Joachim Ragnitz, stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts, wurde von der Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt in den wissenschaftlichen Beirat des Kompetenzzentrums Soziale Innovation am Zentrum für Sozialforschung Halle berufen.

Außerdem wurde **Joachim Ragnitz** von der sächsischen Staatsregierung zum Mitglied der „Kommission zur Vereinfachung und Verbesserung von Förderverfahren“ im Freistaat Sachsen ernannt.

ifo DRESDEN STUDIE 81

AUTOREN

David Bauer
Joachim Ragnitz
Julia Sonnenburg
Michael Weber

ISBN

978-3-95942-0482-8

HERAUSGEBER / DRUCK

ifo Institut
München/Dresden
2018

UMFANG / FORMAT

A5
90 Seiten
Zahlreiche Abbildungen
und Tabellen

PREIS

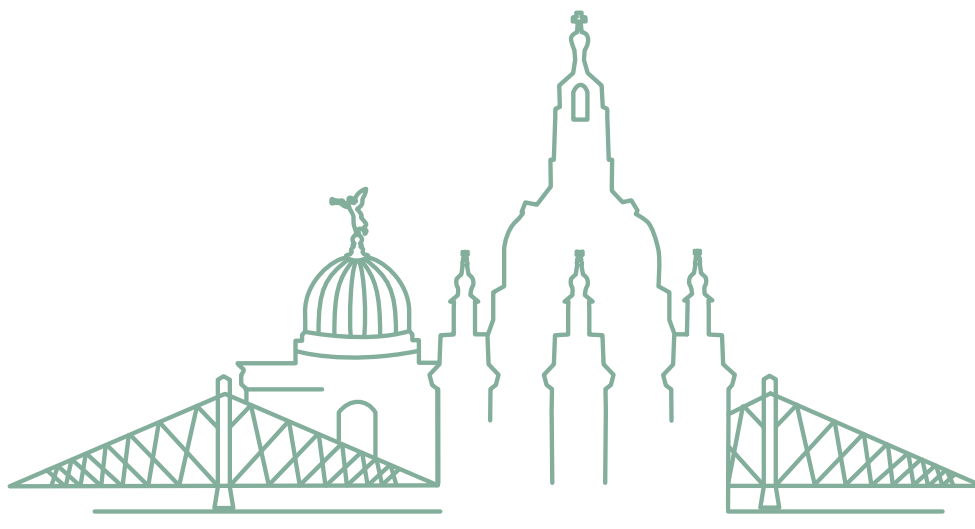
15,- Euro zzgl. Versandkosten

Personalbedarf im öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen bis 2030 und Konkurrenzsituation zur Privatwirtschaft

Bis zum Jahr 2030 wird knapp die Hälfte der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Freistaat Sachsen in den Ruhestand gehen. Die Studie ermittelt, welche Schwierigkeiten sich bei der Nachbesetzung dieser Stellen ergeben könnten und ob der öffentliche Dienst durch seine Nachbesetzungsbemühungen der Privatwirtschaft möglicherweise dringend benötigte Fachkräfte entzieht.

Tatsächlich stehen den altersbedingten Abgängen aus öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft in etwa gleich viele Eintritte jüngerer Erwerbspersonen in den Arbeitsmarkt gegenüber. Allerdings dürften deren Qualifikationsprofile nur begrenzt den Anforderungen der freiwerdenden Stellen entsprechen, wenn Aus- und Weiterbildungsaktivitäten künftig nicht stärker am Nachbesetzungsbedarf ausgerichtet werden. Aufgrund der qualifikatorischen und berufsfachlichen Unterschiede zwischen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage könnte rund ein Drittel der altersbedingt freiwerdenden Stellen im öffentlichen Dienst vakant bleiben. Zudem entwickeln sich nicht nur im öffentlichen Dienst, sondern auch in der Privatwirtschaft erhebliche Nachbesetzungsbedarfe in Verwaltungsberufen. Da diesen aber nur ein begrenztes Angebot an entsprechend ausgebildeten jüngeren Erwerbspersonen gegenüberstehen dürfte, ist insbesondere bei dieser Berufsgruppe eine verschärfte Konkurrenzsituation zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft zu erwarten.

Die Berechnungen beruhen auf Sonderauswertungen der Personalstandstatistik, der Beschäftigungsstatistik und der Arbeitslosenstatistik für den Freistaat Sachsen. Die Studie entstand im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen.



Hinweis für externe Autoren

Die Redaktion von „ifo Dresden berichtet“ möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es auch für externe Autoren die Möglichkeit gibt, in unserer Zeitschrift zu publizieren. Wir möchten ausdrücklich dazu ermuntern, neue wissenschaftliche Befunde in unserem Medium zu veröffentlichen. Vorzugsweise sollte es sich um Beiträge handeln, die sich mit regionalökonomischen Themen mit Ostdeutschlandbezug befassen. Mögliche Beiträge können jederzeit per E-Mail an die Niederlassung Dresden unter dresden@ifo.de eingereicht werden. Die eingereichten Aufsätze durchlaufen ein Auswahlverfahren durch die Redaktion der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“.

Formale Anforderungen:

Der Leserkreis der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“ umfasst neben Akademikern vor allem Entscheider aus Unternehmen, Behörden, Politik und Presse in Ostdeutschland. Sie sind an Ergebnissen interessiert und weniger an der methodischen Vorgehensweise. Daher sollte der **Schwerpunkt des Textes ergebnisorientiert** sein. Die Datengewinnung und methodische Vorgehensweisen dürfen kurz abgehandelt werden. Der Text sollte auch für interessierte Laien verständlich sein.

Es sollte auf ein ausgewogenes **Verhältnis von Text und Abbildungen** geachtet werden. Gibt es zu viele Abbildungen für zu wenig Text, rutschen Abbildungen mehrere Seiten nach hinten und der Aufsatz wird sehr schwer lesbar.

- Textlänge zwischen 5 und 10 Seiten
- Text als Word-Datei (Fließtext einspaltig)
- Abbildungen und Tabellen als Excel-Dateien (mit zugrundeliegenden Daten)
- Grafiken als pdf- oder jpg-Dateien in möglichst hoher Auflösung
- Das Heft erscheint in den Farben Schwarz/Grün (bitte beim Einfärben der Abbildungen und Grafiken beachten)

Die **Autoren** werden immer ausschließlich nach dem Alphabet sortiert, nicht nach „Rang“ der Autoren oder Anteil der Mitarbeit am Text.

Für jede ifo Publikation bitten wir um die Anfertigung eines **Abstracts**, dies meint eine kurze inhaltliche Zusammenfassung von maximal 12 Zeilen Umfang.

Da die Beiträge nicht sehr lang sind, sollten die **Überschriften** möglichst nicht nummeriert werden (möglichst nur gleichrangige Teilüberschriften, nicht zu viele Stufungen verwenden).

